

Abonnements-Bedingungen:
Monatlich 1,20 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.

Vormärz

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die sechsgeheiligte Kolonelle
oder deren Raum 20 Pf. für politische
und gesellschaftliche Berichte...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonntag, den 22. Juli 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Sozialliberale Generalstähler.

Politisch hat kaum jemals eine Partei ein so gründliches
Kraßo erlitten, als die nationalsozialistische Truppe; selbst in den
Zeiten ihrer höchsten Triumphe hat sie kaum ein Zehntel des
politischen Einflusses zu erlangen vermocht...

Es war eine naive Ideologie, wie sie vielleicht nur in
gewissen der Psychologie der deutschen Arbeiterklasse völlig
verständnislos gegenüberstehenden Kreisen des deutschen
Gelehrtenstands möglich ist...

Der Nationalsozialismus suchte aber selbst dann, als er
seine schönsten Hoffnungen Blatt um Blatt fallen sah, den
Grund seines Scheiterns nicht in seiner Verleumdung der
politischen Lage...

Je mehr aber die nationalsozialistischen und die mit ihnen
seelenverwandten, heute kaum noch von ihnen zu unter-
scheidenden sozialliberalen Führer Schiffbruch gelitten haben...

Als der sozialdemokratische Parteitag in Jena eine Resolution
für den Waffenstreik annahm, bezeichneten wir diese Resolution
als eine Pistole, von der diejenigen, denen man damit
droht, wissen, daß sie ungeladen sei...

Nichtig ist, daß die herrschende Klasse bis jetzt stets dem
Drängen der Sozialdemokratie nach Begeben zugunsten der
Arbeiterklasse den lebhaftesten Widerstand entgegengesetzt...

Die Arbeiter also, denen man einen Schlag nach dem anderen
versetzt, dürfen darin Trost finden, daß ihre Partei eine
„regierende“ ist. Ueber die „immer schärferen Mittel“ der
Sozialdemokratie lassen die Machthaber im Deutschen Reich...

Verständlich ist dieses Verhalten. Wie sehr sich die
Naumann-Varth auch über ihre eigenen politischen Fähig-
keiten und den Seelenzustand des deutschen Bürgertums
täuschen mögen...

Auf solche „Manüer“ hat tatsächlich der National-
sozialismus und Sozialliberalismus, wie aus sehr vielen ihrer
Preshauierungen hervorgeht, seit Jahren gerechnet.

Diese Ohnmachtsrederei entspringt sicherlich zum Teil dem
Kerger darüber, daß die Sozialdemokratie sich nicht zur Selbst-
kastration bequemen will; doch läßt sich nicht leugnen, daß,
wenn man vom liberalen Standpunkt die politische Ent-
wicklung betrachtet...

Diese Politik mögen die Herren Naumann und Barth
nicht verstehen; wir hoffen aber damit weiter zu kommen als
Herr Naumann mit seiner Strategie.

Die Revolution in Rußland.

Zaristischer Hochverrat?

Von zwei Seiten wird zu gleicher Zeit die Meldung der
Petersburger „Rossija“ demontiert, daß Deutschland und
Oesterreich-Ungarn bereit seien, Truppen nach Rußland zur
Unterdrückung der revolutionären Bewegung zu schicken:

Petersburg, 20. Juli. Die Petersburger Telegraphen-Agentur
meldet: In der Zeitung „Rossija“ ist ein Artikel erschienen, betitelt
„Die fremden Mächte und die Lage Rußlands“...

Subjekt, 21. Juli. Abgeordnetenhause. Der Abgeordnete
Gustav Gray richtet an die Regierung die Anfrage, ob die Zeitungs-
nachricht wahr sei, nach der Oesterreich-Ungarn gemeinschaftlich mit
Deutschland zur Unterdrückung der russischen Agrarunruhen eine
bewaffnete Intervention vorbereite...

Generalstabsverzeichnis der weterenden Truppen.

Die im russischen Generalstab tagende Spezialkommission, die
sich mit der Unterjudung der Gärung in der russischen Armee
beschäftigt, hat trotz der kurzen Dauer ihrer Tätigkeit bereits ein
umfangreiches Material gesammelt, das der russischen Militär-
verwaltung — so unangenehm es ihr auch sein mag — die Augen
darüber öffnen wird...

Das vorstehende Generalstabsverzeichnis wird ausdrücklich als
das erste beziehungsweise vorläufige bezeichnet, da die Sammlung
des Materials bezüglich der Reuterien in den anderen Truppen-
teilen noch nicht abgeschlossen ist!

Die Organistoren der „Schwarzen Bunden“ am Schandpfahl.

Der Redaktion der „Nascha Schisnuj“ ist ein hoch-
interessantes Geheimdokument des „Verbandes des
russischen Volkes“ auf den Tisch gesunken. Dieses geheime
Dokument ist mit der vollen Adresse des Zentralkomitees
des Verbandes versehen und trägt folgende Aufschrift:

„Schide Ihnen folgendes zur Kenntnisnahme. Bitte
sorgfältig aufzubewahren und in keinem Falle zu veröffent-
lichen. Wizevorsitzender Burischewitsch.“

Das Dokument selbst enthält ein vollständiges Verzeichnis
der lokalen Komitees des Verbandes nebst Nennung ihrer
Mitglieder. Im ganzen umfaßt die Organisation 39 Komitees.

Neben den großen Städten wie Warschau, Odessa, Kiew, Charkow sind auch eine ganze Reihe kleiner Städte mit der Existenz des Verbandes beglückt. Das Interessanteste an dem Dokument ist aber die Personenzusammensetzung des Komitees. Das Rundschreiben stellt nämlich unwiderruflich fest, daß sich an der Organisation der „Schwarzen Bänder“, an der Aufreizung der niedrigen Schichten der Bevölkerung gegen die Juden, an der Veranlassung der regellosen Personen in offiziellen und hoffiziellen Stellen aktiv beteiligen, so zum Beispiel in Moskau der Stadtvorordnete Dsnohischin, in Nowoladostsch Oberst Sawarow, in Orscha Oberst Pustowojtan, in Pinsk der „semstij Ratshchalnik“ Landrat Kasarinow, in Vorn der Gefängnisdirektor Blochin, in Warschau der Universitätsprofessor Zwetajew, in Odessa der Gymnasiallehrer Rodzewitsch und der Archimandrit (Klosterprior) Anatol, in Wilna der Vize-Kurator des Wilnaer Lehrbezirks Bjeletzky.

Man kann sich leicht ausmalen, was für eine Art von „Wissenschaft“ der Professor Zwetajew von seinem Katheder predigt, was für Sittlichkeitsbegriffe der lernenden Jugend durch den Gymnasiallehrer Rodzewitsch eingepflanzt werden, wie tief und innige Nächstenliebe die Predigten des Archimandriten Anatol atmen, welche einen erhabenen Begriff von Soldatenpflicht und Patriotismus die hooliganischen Obersten ihren Untergebenen einpauken mögen.

So werden nach und nach immer mehr Federn des Pogrommechanismus bloßgelegt und die Namen derer, die ihn in Bewegung setzen, der Öffentlichkeit preisgegeben.

Zur Frage der Einschränkung des Budgets.

„XX. Wel“ bringt folgende interessante Daten über eine Reihe von Subventionen der Reichsrentei an verschiedene Institutionen und Personen, die in das Budget pro 1906 eingetragen sind:

„Dem Komitee zur Förderung der russischen Heiligenbildermalerei“ 42 500 Rubel! Für ein Album Aquarelzeichnungen 8000 Rubel. Für die Herausgabe eines Almanachs zu wohlthätigem Zwecke 10 000 Rubel. Für den Kirchenbaufonds 25 000 Rubel. Zur Meliorationszwecken auf den Gütern des Fürsten Ringelsky 50 000 Rubel! Dem Prinzen von Griechenland als Gratifikation für die Einführung des Postes auf Korinthos 100 000 Rubel! Der Prinzessin Kurat 38 000 Rubel jährlich. Zum Gedächtnis der Verteidigung Sewastopols 55 000 Rubel jährlich. Subvention an die Adelsgenossenschaften 300 000 Rubel. Für den Unterhalt der Kanzlei des Komitees des fernen Ostens“ 100 500 Rubel. Für die Beendigung der Auferstehungskirche (zum Gedächtnis an die Ermordung Kaiser Alexander II.) 345 303 Rubel. Dem Restoff der Kaiserin Maria 4 148 319 Rubel. Verschiedenen Wohltätigkeitsanstalten 877 531 Rubel. Dem russischen Theater in Helmsford 12 700 Rubel. Zur Verstärkung des geheimen Polizeikollegs 200 000 Rubel. Den Töchtern des Generals Annenlow zur Tilgung der auf dessen Gütern lastenden Schulden im Laufe von zehn Jahren 5495 Rubel 50 Kopelen jährlich.

Von den Pensionen, die verabschiedete Beamte beziehen, ist die des ehemaligen Kanzeleidrektors des Moskauer Generalgouverneurs, Ziomin, bemerkenswert. Er bezieht eine Pension von 11 500 Rubel, während er im Dienste ein Gehalt von nur 7000 Rubel hatte!

Wie diese Ziffern geben sehr zu denken — zumal wenn man sich vergegenwärtigt, in welcher trostlosen Situation sich die Finanzen des am Rande des Ruins stehenden Reiches befinden.

An den Pranger!

Die organisierten estnischen Arbeiter in St. Petersburg hielten am 15. Juli in St. Petersburg eine politische Versammlung ab, in der folgende Resolution einstimmig zur Annahme gelangte:

„In Anbetracht dessen, daß die Tätigkeit des estnischen Dumaabgeordneten, Redakteurs und Cant. Jur. Jaan Tõnnison sowohl in seinem Blatte „Postimus“, in seinen Versammlungsreden wie auch in der Duma gegen die Interessen der Arbeiter gerichtet ist, in Anbetracht, daß Tõnnison die Führer der Arbeiterpartei, die Sozialdemokraten mit dem Namen „Gurgelschneider“ und „Golgerbögel“ belegte („Postimus“ Nr. 208, 1905), in Anbetracht, daß Tõnnison eine Bande organisierte, die die Aufgabe haben sollte, gegen die Revolution zu kämpfen wie die russische „Bereinigung zu aktiver Bekämpfung der Revolution“ — welche Tätigkeit daher der des Schwarzen Hunderts gleichzustellen ist, in Anbetracht, daß Tõnnison während der Wegelagerung der Mordepeditionen in den Disceprovinzen mit dem Oberbefehlshaber dieser Mordepeditionen, General Sollogub, in freundschaftlichen Beziehungen stand und den General Sollogub öffentlich in seinem Organ für einen „wohlgebildeten und maßvollen Mann“ erklärte („Postimus“ Nr. 1, 1906), in Anbetracht, daß Tõnnison es bedauerlich fand, daß es der russischen Regierung nicht gelungen war, alle leitenden Personen der freiheitlichen Bewegung habhaft zu werden („Sõdemed“, Wochenschrift des Tõnnison, Nr. 1, 2, 3 usw.) und schließlich in Anbetracht, daß Tõnnisons Tätigkeit in der Duma die Ehre des Estenvolkes diskreditiert — erklärt die Versammlung über den Abgeordneten Tõnnison den Verruf und beschließt, ihn und alle seine Preshorgane zu boykottieren.“

Das Zentralkomitee organisierter estnischer Arbeiter in St. Petersburg.

Die Resolution wurde den estnischen und den linksstehenden russischen Zeitungen zur Veröffentlichung übersandt und gelangte in diesen Tagen zum Abdruck.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Juli.

Die Ersatzwahl in Rintelns-Dosgeismar.

Das angeblich genaue Wahlergebnis der durch den Tod des Grafen Lewentlow notwendig gewordenen Ersatzwahl im ersten hessen-nassauischen Wahlkreis ist nach einer Meldung des „Berliner Tageblatt“: Herzog (Antisemit) 5902, Weiterlein (Soz.) 3884, Rode (natl.) 1186, Helmerich (antij. Ref.) 1707, Mohrig (fr.) 1007 Stimmen.

Danach hätten die Sozialdemokratie 376, der Freisinn 223 Stimmen gegen 1908 gewonnen, während die National-liberalen 1068 Stimmen einbüßten. Die beiden Antisemiten zusammen erhielten 1188 Stimmen mehr als seinerzeit Graf Lewentlow. Die Sozialdemokratie erhielt 1893 2728, 1898 2762, bei der 1900 stattgelundenen Ersatzwahl sogar nur 1655 Stimmen. In dem vorwiegend ländlichen Kreis war also von vornherein auf eine sprunghafte Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmen nicht zu rechnen.

Ueber die Wahlkampagne selbst wird uns noch geschrieben:

Es war die höchste Zeit, daß der Wahlkampf zu Ende ging, sonst hätten die Antisemiten sich untereinander noch abgemurzt. Der Kandidat der Reformen, Herr Dietrich Helmerich in Kassel war der einzige Hänkerei mit den feindseligen Brüdern von der deutsch-sozialen Fakultät herzlich satt und deshalb ging er zu durchschlagenderen Beweismitteln über. Als er am 15. d. M. mit der Bahn von Hameln nach Nischbach fuhr, traf er im Coupé mit einem der deutsch-sozialen Parteisekretäre, die den Wahlkreis seit Wochen unsicher gemacht haben, zusammen. Und da dann Herr — Walters ist sein Name — auf einige Provokationen Helmerichs reagierte, so verhannte ihn dieser! Nachdem die Antisemiten sich vor der Prügellei gegenseitig in den Flugblättern, in Zeitungen und Versammlungen geschildert haben, daß ein Hund weder von den Reformern, noch von den Deutsch-Sozialen ein Stüd Brot nehmen könnte,

ohne Schamrot zu werden, dreht sich nach der Prügellei in der Eisenbahn der Kampf namentlich um die Streitfrage: wer hat die ersten und die meisten Ohrfeigen bekommen: Heute Helmerich den Schrittmacher seines Gegenkandidaten mitten ins Gesicht oder auf den beiden Waden? Schlag der Gegenseite dann sofort wieder oder schöpft er erst fünf Minuten Luft?

Der Schreiber dieser Zeilen hat vom Jahre 1884 ab an allen allgemeinen Reichstagswahlen und vielen Radwahlen mehr oder weniger aktiv teilgenommen, aber eine solche ekelhafte Schlagerei, wie sie jetzt im Kreise Rintelns-Dosgeismar-Wahlkreises unter den bürgerlichen Parteien stattgefunden hat, noch nicht erlebt. So rümpft sich übrigens die Antisemiten und so lächerlich die National-liberalen sich benommen haben: am schrecklichsten der Sozialdemokratie gegenüber „Kämpfer“ die sogenannten Freisinnigen, für die der Berliner Rechtsanwalt Köhrig laubdierte. In seinem Momententum im Rintelner Anzeiger“ zu gunsten der freisinnigen Kandidatur heißt es:

„Gehört eure Stimme nicht dem Sozialdemokrat. Wiederholt, bis in die letzten Zeiten haben die Sozialdemokraten erklärt, ihr letztes Ziel sei, dem ganzen Volke, demnach auch dem kleinsten Wesiger, jedes Eigentum zu nehmen, woran er doch jetzt auch seine Freunde hat.“

Fehlte nur noch, daß diese Ehrenmänner den häuerlichen Wählern einredeten, daß „jedes Eigentum“ des ganzen Volkes nachher verteilt wird unter Wedel, Singer und dem Kandidaten Weiterlein! —

Für die russische Revolution.

London, 19. Juli. (Fig. Ver.)

Gestern abend zwischen 8 und 8 Uhr fand im Hyde Park eine Demonstration statt, die dem Zwecke diente, die Sympathien der internationalen sozialistischen Arbeiterschaft mit der russischen Revolution auszudrücken. Um zwei Wagen, die als Tribünen fungierten, sammelten sich zahlreiche Zuhörer, zum großen Teile Ausländer. Auf der einen Tribüne führte der Arbeiterabgeordnete G. Barnes, Sekretär der Metallarbeiter, den Vorgesang, auf der anderen der Arbeiterabgeordnete J. R. MacDonald, Sekretär der Arbeiterpartei. Es sprachen hier Gardie, der russische Duma-Abgeordnete Anilin, Kasanowitsch aus Paris, Pallant für Frankreich, Mollenbühr für Deutschland, Cunningham-Graham und ein jüdischer Sozialist Meier als Vertreter des „Bund“. Auf der zweiten Tribüne sprachen MacDonald, Daszynski für Österreich, Vanderveelde für Belgien, Troelstra und von Kol für Holland, schließlich der englische Arbeiterabgeordnete Nachperson.

Gardie sagte: „Die Haltung der britischen Regierung entspricht keineswegs den Ansichten des britischen Volkes. Wir haben es noch nicht gelernt, eine Regierung zu erhalten, die sich mit dem Volke einig fühlt. In früheren Zeiten trat England für den Fortschritt ein, und der englische Name hatte deshalb einen guten Klang. Wenn es überhaupt eine Vollsache gibt, die unsere Hilfe verdient, so ist es die Sache des russischen Volkes. Auf Grund meiner Erfahrungen wage ich es auszusprechen, daß in nicht allzu langer Zeit die russische Duma ein wirkliches konstitutionelles Parlament, eine freie Volksvertretung sein wird.“

Anilin, der russisch sprach, wurde mit ungeheurer Begeisterung begrüßt. Er gab eine Uebersicht über die Ereignisse der letzten zwei Jahre, die zur Erschlüchterung der zarischen Basis geführt haben. Die Autokratie wäre noch tiefer erschüttert, wenn nicht das europäische Kapital ihr die Mittel gegeben hätte, die Freiheitlämpfer zu morden. — Der russische Flüchtling Tschoukowsky übersetzte die Rede ins Englische. Anilin wurde nach Schluß der Versammlung von den Massen auf ihren Schultern getragen.

Mollenbühr zeigte, wie die russische Revolution in Wahrheit eine europäische Revolution sei und daß sie deshalb die Unterstützung aller freiheitlichen Menschen verdiene.

Cunningham-Graham sagte: „Die Engländer, die von den zarischen Barbaren lesen, schlagen sich an die Brust und rufen: Gott sei Dank, wir sind doch bessere Menschen! Aber happy hypocritical England! (so du selbstzufriedenes, heuchlerisches England!) Wie sieht es mit deinen Taten in Aegypten, Zululand und Indien? Wie sieht es mit den lägenhaftesten Wahlversprechungen der Liberalen? — Wohin man blickt, nichts als Heuchelei und Lüge. Die einzigen Menschen, die ein Recht haben, den Jargon zu verurteilen, sind die internationalen Sozialisten, und erst mit ihrem Siege wird die Barbarei — mag es englische, russische, deutsche oder belgische sein — ein Ende nehmen.“

Auf der anderen Tribüne begrüßte MacDonald die ausländischen Delegierten der Sozialisten und Arbeiter im Namen der britischen Arbeiterpartei in herzlichster Weise. Er wies auf die Bemühungen der britischen Arbeiterabgeordneten im Parlamente hin, die Vergrößerung des Jargonismus durch die britische Flotte zu verhindern, und wünschte der russischen Revolution vollen Erfolg.

Daszynski sprach polnisch. Seine Rede war ein Muster politischer und revolutionärer Beredsamkeit. Als Pole empfindet er ja die Ereignisse in Russland viel tiefer als die westeuropäischen Genossen, und er gab seinen Empfindungen hinreichenden, weil aus ganzer Seele kommenden Ausdruck. In kurzen, bildreichen und epigrammatisch zugespitzten Sätzen schilderte er die Ereignisse seit dem denkwürdigen 22. Januar 1905. Er wandte sich besonders gegen die Gewährung von Anleihen an den Jargonismus und legte den Engländern hauptsächlich zwei Dinge ans Herz: Erstens sollten sie darauf sehen, daß die Presse die Wahrheit über Russland schreibe. Zweitens sollten sie den russischen Flüchtlingen ein Asyl in ihrem Lande gewähren und sich ihrer in humaner Weise annehmen. Der Zar finde Milliarden beim internationalen Kapital, möchten die Opfer des Jargonismus wenigstens Brot und Gutsfreundschaft beim englischen Volke finden!

Vanderveelde wurde von den anwesenden französischen und belgischen Arbeitern mit begeisterten Zurufen empfangen. Er sagte: „Wir sind hier versammelt, um den Jargonismus, die miserabelste Regierung in Europa, zu brandmarken. Ich sagte: die miserabelste Regierung. Aber wir haben noch zwei Regierungen, die jeden Vergleich mit der zarischen aushalten: Leopolds des Zweiten am Kongo, Abdul Hamids in der Türkei, Nikolaus II., Leopold II. und Abdul Hamid — sie sind einander wert! Die russische Revolution ist die direkte Nachfolgerin der englischen Revolution des 17. Jahrhunderts und der französischen vom Ende des 18. Jahrhunderts. Die Engländer zeigten uns das Beispiel eines souverän gewordenen Volkes, das seinen König vor das öffentliche Forum zitiert und ihn zum Tode verurteilt. Aber sowohl die englische wie die französische Revolution war bürgerlich, war nationale Ursprungs. Die russische Revolution kämpft nicht mehr für die Freiheit einer Nation, sondern für die Freiheit Europas, für die Übung der Menschheit auf eine höhere soziale Stufe. Die russische Revolution steht nicht nur höher als die früheren Revolutionen, sondern sie hat auch bessere Aussichten als ihre Vorgängerinnen. Als die Franzosen ihren Freiheitskampf ausfochten, war der europäische Kontinent noch despotisch regiert. Heute befinden sich weite Volkskreise Europas in herzlichster Sympathie mit den russischen Kämpfern. Aber Glaube ohne Tat ist eine leere Schelle. Wir müssen der russischen Revolution finanziellen Beistand leisten.“

Troelstra, der Vertreter Hollands, sprach deutsch und trotz mancher sprachlicher Schwierigkeiten mit hinreichender Gewalt, bedeutender Sachkenntnis und Gedankenschärfe. Er begann mit einem Protest gegen das christliche und jüdische Kapital, das dem Jaren

den Großfürsten, den Großfürstinnen und der ganzen elenden Sippschaft“ die Mittel zum Verden liefert. Bislang war die russische revolutionäre Bewegung eine intellektuelle und konnte nicht allgemein werden. Erst mit dem Eintritt des Proletariats in die Revolution empfand der Zar, daß seine letzte Stunde geschlagen hat. Der revolutionäre Charakter der russischen Revolution zeigt sich durch zwei Merkmale: durch den Streik als Kampfmittel und durch die Forderung des allgemeinen Wahlrechts. Dieser Charakter ist es auch, der so ansehnend auf die Arbeiterbewegung Europas wirkt. Wir warnen uns alle an dem Feuer, das russische Arbeiter angezündet haben. In Österreich, in Deutschland, in Frankreich und — ich bin besonders glücklich, dies aussprechen zu können — auch in England, wo die Arbeiterpartei sich mit uns solidarisch erklärt und zu einem Zweige der internationalen Arbeiterbewegung geworden ist. Wie helfen wir nun unseren russischen Brüdern am besten? Durch die Kampfbereitschaft der Arbeiter in ihren eigenen Ländern! — Troelstra's Rede ward von den anwesenden deutschen Genossen mit starkem Beifall aufgenommen.

Nachdem noch Van Kol und Nachperson gesprochen hatten, wurde die Resolution von beiden Tribünen zur Abstimmung gebracht und angenommen. Sie lautet: „Wir erklären unsere vollständige Solidarität mit den russischen Revolutionären in ihrem Bestreben, Russland vom Jargonismus zu befreien. Wir freuen uns, daß die Arbeitergruppe der Duma sich dem internationalen sozialistischen Bureau angeschlossen hat, und fordern die proletarischen Vertreter in allen Parlamenten auf, jede sich ihnen bietende Gelegenheit dazu zu benutzen, die Verbrechen des Jargonismus zu verurteilen und das Publikum zu warnen vor den neuen Verbrechen des Jargonismus, Geldmittel durch Anleihen zu erhalten, da solche Anleihen den unvermeidlichen Zusammenbruch des Jargonismus verlangsamten können.“

Einen Bericht über die interparlamentarische sozialistische Konferenz bringen wir in den nächsten Tagen. —

Deutsches Reich.

Zur Naturgeschichte des Reichsverbandes.

Zu dem unter obigem Titel in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ erschienenen Leitartikel sendet uns Herr Dr. Rud. Dreifisch, der im Darmstädter Wahlkreis für Herrn Korell tätig gewesen ist, folgenden Brief:

Berlin W. 15, 21. 7. 06.

An die Redaktion des „Vorwärts“, Berlin SW. 68.

Sehr geehrte Redaktion!

Ich habe mit sehr viel Interesse die Briefe gelesen, die Sie zur Naturgeschichte des Reichsverbandes in der heutigen Morgenausgabe Ihres Blattes veröffentlichten. Ich weiß nicht, ob es für Sie von Wert ist zu wissen, daß der Verfasser des zweiten Schreibens, Herr Hugo Kreisbarmar, sich auch nach einer Verbrechung des Sachverhaltes schuldig gemacht hat. Er läßt mich ihm nach seiner Rede in Groß-Gerau Sympathie und Anerkennung aussprechen. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß ich nicht zu verkennendem Spott einer gewissen Sympathie für seinen Freund Reinhardt Ausdruck gab mit dem Bemerkten, daß dieser Mann schließlich doch noch so viel politisches Temperament besitze, um sich nicht, wie die anderen, jeder eigenen Ueberzeugung zu entschließen und es, wenn auch anonym, wage, eine eigene positive politische Meinung zutage zu fördern.

Herrn Kreisbarmar nach seinen Ausführungen, zu denen wir ihn nur mit Aufhebung aller Mittel des Hohms und Spottes halten bewegen können, eine Anerkennung auszusprechen, lag auch nicht der allergeringste Grund vor. Der Beifall, der seinen Worten folgte, war ausschließlich ironisch gemeint. Ich kann nicht annehmen, daß dieser Herr, der den Vertrauensposten ausfüllte, dem Abgeordneten Dr. Weder den stenographischen Bericht über von uns gehaltenen Reden zu übermitteln, das alles mißverstanden hat. Er hat sich eben nur bemüht, den Verlauf der Versammlung seinen Auftrag und Vorgesetzten in einem für ihn möglichst günstigen Lichte erscheinen zu lassen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Dr. Rud. Dreifisch.

Schon aus Herrn Hugo Kreisbarmars Brief ging trotz seiner komischen Unbedachtlichkeit hervor, welche traurige Rolle er in der Groß-Gerauer Versammlung am 7. April d. J. gespielt hat; der obige Brief des Herrn Dr. Dreifisch verstärkt noch diesen Eindruck. Herr Kreisbarmar wird von den liberalen Rednern mit Hohn und Spott überschüttet; in seiner großen Weisheit erweist er von diesem Hohn nichts, sondern hält die ironischen Verhöhnungen für Anerkennungen. Engelien v. Liebert hatte nur allzu recht, als er an den Rand des Kreisbarmars Briefes schrieb: „Saubere Geschichte, und dafür soll ich jeden Tag 200 Mark bewilligen und zahlen.“

Wenn in dieser Weise die Einkünfte des „Reichsverbandes“ verpulvert werden, wird die nächste allgemeine Reichstagswahl den Verband eine Riesensumme kosten. —

Zur Wahl in Hagen-Schwelm.

Daß das Ergebnis der Wahl in Hagen-Schwelm einen „starken Zug nach links“ bedeutet, vermag selbst die nationalliberale Presse nicht zu leugnen, so sehr sie sich auch bemüht, allerlei plausible Gründe für den Rückgang der national-liberalen Stimmen ausfindig zu machen. So schreibt z. B. die „Ndn. Ztg.“:

„In allen Parteilagern war vorher die Ansicht vertreten, daß nach dem Tode Eugen Richters sein Nachfolger in der Vererbung um dieses Mandat nicht so viele Stimmen wie Richter aufbringen werde, weil die Zugkraft der gewaltigen Persönlichkeit geschwunden sei. Trotzdem konnte der freisinnige Kandidat, erster Bürgermeister Cuno, mehrere hundert Stimmen mehr zählen als Eugen Richter bei der Hauptwahl im Jahre 1903. Damals hatte Richter 10 572 Stimmen erhalten. Nach dem amlich festgestellten Ergebnis der gestrigen Hauptwahl sind auf Cuno 11 173 Stimmen gefallen, auf Moldenhauer (natl.) 4545, König (Soz.) 18 110, Weder (F.) 5266 und Ramm (Christl.-Soz.) 2149 Stimmen. Der polnische Kandidat erhielt 159 Stimmen. Die Einbuße von 1200 Stimmen, welche die National-liberalen gegen 1903 erlitten haben, scheint zum großen Teil den Freisinnigen zugute gekommen zu sein. Die sozialdemokratischen Stimmen sind seit 1893 stetig und stark gewachsen; in den vier letzten Wahlen waren diese Zahlen 6914, 9080, 13 870 und 16 110. Ebenso hat das Zentrum in diesem Zeitraum stets einen Stimmenzuwachs zu verzeichnen: 2892, 3712, 4326 und 5286.“

Die „Germania“ konstatiert mit Genugtuung, daß, nachdem schon längst im Wahlkreis Altena-Jerlöhn die National-liberalen ungefähr 1000 Stimmen verloren hatten, sie in Hagen wiederum 1243 eingebüßt haben. Sie läßt sich diese günstige Gelegenheit nicht entgehen, daran allerlei treffende Bemerkungen über die Abwendung der Wählermassen vom National-liberalismus zu knüpfen:

Uns kommt dieser Rückgang nicht überraschend. Der National-liberalismus hat sich überlebt. Ein Programm hat er nicht mehr; Wahlscheitern sind bei ihm Trumpf und die Uneinigkeit in der Fraktion wie unter den Wählern ist sein einziges Charakteristikum! Das Volk aber will eine solche Politik nicht. Die gesamte national-liberale Presse steht es als ihre erste Aufgabe an, jede Maßnahme der Regierung, in der so vielfach ihre Leute sitzen, zu verteidigen; wer aus einer Partei es wagt, eine ganz begründete Kritik zu üben, wird von ihr beschimpft und bedrückt. . . Das deutsche Volk will hiervon nichts wissen und es verläßt das Lager solcher Leute, deren

politische Weisheit sich darin erschöpft, unter allen Umständen eine Regierungstruppe zu sein und selbst solche Positionen noch zu verteidigen, welche die Regierung selbst schon geräumt hat."

Für die Stichwahl gibt, wie wir schon gestern meldeten, die "Germania" die Parole "Für Cuno!" aus, während die "Köln. Volksztg." vorläufig noch mit ihrer Ansicht zurückhält und lediglich die Schwierigkeit hervorhebt, die Zentrumswähler für den freisinnigen Kandidaten mobil zu machen. Allem Anscheine nach ist jedoch die örtliche Zentrumswahl in Hagen entfallen, die Zentrumswählerchaft energig aufzufordern, in der Stichwahl für den freisinnigen Kandidaten zu stimmen; wenigstens wird der katholischen "Märkischen Volksztg." von einem "Kenner der Verhältnisse" aus Hagen gemeldet:

"Es ist bombastischer, daß der weitaus größte Teil der Zentrumswähler ohne weiteres geschlossen für Cuno eintreten wird, um den Sieg eines Sozialdemokraten zu bereiten. Daran kann niemand etwas ändern, auch das Wahlkreiskomitee des Herrn Jungel nicht, der schon 1903 vergeblich versuchte, Eugen Richter einen Strich zu drehen. Man wird aber trotzdem mit der Möglichkeit zu rechnen haben, daß ein Teil der Zentrumswähler, durch die Person des Kandidaten zurückgeworfen und durch die Vorgänge in Altena-Herloh verknüpft, sich der Wahl enthält, und daß würde gleich eine Gefahr für den Kandidaten der Ordnungspartei bedeuten, zumal die Beziehungen der Freisinnigen zu den Nationalliberalen in diesem Wahlkampf eine direkte Erbitterung herbeigeführt haben. Der Wahlkampf zwischen diesen beiden Richtungen vollzog sich dieses Mal in Formen, die ein geschlossenes Eintreten der nationalliberalen Wählerchaft für den freisinnigen Kandidaten gänzlich ausgeschlossen erscheinen lassen, selbst wenn das Wahlkomitee noch so entschieden dazu auffordert."

Da auch das nationalliberale Wahlkomitee nach den Aeusserungen nationalliberaler Blätter zur Stimmenabgabe für Cuno auffordern wird, hat unser Kandidat in der Stichwahl gegen eine Koalition sämtlicher bürgerlichen Parteien zu kämpfen. Fraglich erscheint nur, ob die Zentrumswähler der Direktive ihrer Parteileitung folgen oder sich nicht lieber der Stimmenabgabe enthalten werden.

Die Erhöhung der Posttaxe im Orts- und Nachbarortverkehr wird auch in Bayern vom 1. August ab in Kraft treten. Der "Reichs-Anzeiger" bringt in letzter Nummer folgende von Straete in Vertretung des Reichskanzlers unterzeichnete Bekanntmachung:

Vom 1. August ab werden in Bayern für Briefe, Postkarten, Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben sowie für zusammengepackte Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben des Orts- und Nachbarortverkehrs dieselben Taxen erhoben wie im Reichspostgebiete. Von dem bezeichneten Zeitpunkt ab kommen im Nachbarortverkehr zwischen Orten der Königreiche Bayern und Württemberg die im Königreiche Bayern für derartige Sendungen gälligen erhöhten Ortstaxen in beiden Richtungen zur Anwendung. Zur Erleichterung des Uebergangs wird bestimmt, daß für alle im Monat August 1906 eingelieferten Briefe, Postkarten, Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben sowie für zusammengepackte Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben des bayerisch-württembergischen Nachbarortverkehrs, die von den Abfendern irrthümlich nach den alten Tarifarten frankiert sind, lediglich der Betrag zu erheben ist, welcher an der neuen, erhöhten Franko-taxe fehlt.

Ein verschwundener Soldat.

Seit dem 11. d. M. ist aus Allenstein ein Soldat Dabrowsky verschwunden und trotz aller Recherchen noch nicht aufgefunden. Beschäftigt sind darüber folgende Mittheilung zu: Vor dem Verschwinden des Ferienkolonisten ereignete sich folgendes: Dem Soldaten war vom Vizelfeldwebel Gorkow beim Fischen die Brust und der rechte Oberarm braun und blau geschlagen. Am folgenden Tage wollte er sich krank melden. Der Vizelfeldwebel verbot ihm das aber. Dennoch meldete sich der Soldat beim Oberarzt und wurde von diesem ins Lazarett geschickt. Nach 13 Tagen wurde er aus dem Lazarett entlassen und erhielt noch eine Woche Schonung vom Kampfdienst. Nach Ablauf dieser Schonzeit — in der er übrigens wiederholt zum Dienst herangezogen wurde — meldete ihn der Vizelfeldwebel wegen Nichtausführung des Befehls, sich nicht krank zu melden. Hieraus wurde nicht etwa gegen den Vizelfeldwebel ein Verfahren eingeleitet, sondern Dabrowsky wurde mit drei Tagen Mittelarrest bestraft. Nach Verbüßung dieser Strafe stellte ihn der Vizelfeldwebel darüber zur Rede, daß er nicht rapfert sei. Dann schlug er ihn rechts und links ins Gesicht, so daß Dabrowsky mit dem Kopf wiederholt gegen den Ofen slog. Dann befehlt der Vizelfeldwebel, Dabrowsky solle sofort zum Barbier gehen. Seitdem ist der Soldat verschwunden. Die Soldaten muhten in Allenstein und Umgegend ausfinden, um ihn zu suchen. Die Suche war vergeblich. Dabrowsky ist dann vergeblich freibrieflich und telegraphisch in Ostpreußen und in Rußland gesucht. Den Soldaten wurde befohlen, von der Affäre nichts zu erzählen oder zu schreiben. Wahrscheinlich hat sich der militärische Soldat das Leben genommen. Ist dem Kriegsminister der Vorfall bekannt? Welche Schritte sind ergriffen, um gegen den Vizelfeldwebel wegen Mißbrauchs der Amts-gewalt, tätlicher Mißhandlung und intellektueller Anstiftung zur Defektion oder zum Selbstmord vorzugehen? Willigt der Kriegsminister die Verhängung des Mittelarrestes? Es mehren sich die Klagen über Ehrverletzungen und tätlicher Beleidigung durch Vorgesetzte in der deutschen Armee. Warum läßt der Kriegsminister die Soldaten über ihr Recht der Notwehr gegen Mißhandlungen und andere rechtswidrige Behandlungen nicht belehren und sorgt nicht dafür, daß ein wirklicher Beschwerderecht den Soldaten eingeräumt wird? Rag der arme gequälte Soldat, dessen Leiden wir schilderten, desertirt sein oder sich ein Leid zugefügt haben — Schuld an dem Unglück trägt unser militärisches System, in dem der untere Soldat sich rechtlos achtet. Verkündlich, aber dauernd ist es, wenn ein Soldat, um der Rechtfertigung, den Peinigungen und ferneren Brutalisierung seiner Menschenwürde zu entgehen, sich das Leben nimmt. Noch mehr zu bedauern freilich ist, daß ein Soldat, wenn er zu solchem Schritt greift, nicht vorher einen oder einige seiner Peiniger auf seine Reise mitnimmt.

Eine vorübergehende Erscheinung. Mit großem Theater-donner und unter abhängiger Anspannung vieler hölzerner und kupferner Rumpfen ist vor zwei Jahren in Augsburg eine Rikiteilpartei gegründet worden, wobei die Liberalen im Glanz und weißer Binde die Patentstelle vertraten. Vor einiger Zeit nun sollte in der "Generalversammlung" der aus sechs Köpfen bestehende Vorstand neu gewählt werden, was aber um deswillen eine Unmöglichkeit war, weil bloß vier Männlein versammelt waren. Nun fuhr sie hinab in die Grube, die Mittelstandspartei, und die Liberalen standen wiederum im Glanz, aber mit schwarzer Binde, am Grabe und ihr Grab-gesang klang aus in dem dumpfen Chor: "... Selig sind die Toten, wir folgen ihnen nach."

Ausland.

Oesterreich.

Preußen-Deutschland hinter Oesterreich.

Daß Kinder konfessionslos Eltern in der Schule nicht ge-zungen werden sollten, am Religionsunterricht teilzunehmen, das müßte jedem halbwegs vernünftigen Menschen klar sein. Dem ge-wöhnlichen Bürger ist das auch klar, nicht aber den deutschen Schul-behörden und Gerichten. Jene besonders üben bellamitisch auf dissi-dentische Eltern und Kinder einen ganz ungehörigen Gewissenszwang aus. Anders in Oesterreich. Zwar haben auch dort die Behörden die gleichen Versuche gemacht, kürzlich aber hat ein Genosse in Turnau, der, als Dissident, seine Tochter nicht in den Religions-unterricht schicken wollte, die Streitfrage bis zum Landeskollegat durchgeföhrt. Dieser nun hat entschieden, daß ein konfessionslos

Sind zur Teilnahme am Religionsunterricht nicht angehalten werden kann. Im katholischen Oesterreich wenigstens! —

Neues Wahlreformkompromiß.

Wien, 21. Juli. In der heutigen Sitzung des Wahlreform-ausschusses wurde der neue Kompromißvorlag unterbreitet, durch welchen die bisherige Mandatszahl um 19 vermehrt bzw. die Ge-samtzahl auf 516 erhöht wird. Von den neuen Mandaten sollen entfallen auf Böhmen 5 deutsche und 3 tschechische, auf Mähren 1 deutsche und 2 tschechische, auf Galizien 4 tschechische, darunter 1 ruthenisches, auf Tirol 2 deutsche und 1 italienisches und auf Steiermark 1 deutsches Mandat. Der Kompromißantrag, nach welchem die Mandatszahl für Böhmen auf 130 erhöht wird, wozu 75 Mandate den Tschechen und 55 den Deutschen zufallen sollen, wurde in namentlicher Abstimmung mit 28 gegen 19 Stimmen angenommen.

Schweiz.

Ueber die Vorkommnisse in den letzten Tagen sendet uns unser Korrespondent vorläufig folgende kurze Mitteilung:

Das Militärangebot in Zürich ist nun doch gekommen und zwar gleich ein ganzes Regiment Infanterie und eine Schwadron Kavallerie. Außerdem ist noch ein weiteres Bataillon Infanterie in Bereitschaft. Damit sind die heißesten Wünsche der Scharfmacher und Arbeiterfeinde erfüllt.

Den erhöhten billigen Vorwand haben den Handlangern des Unternehmers in der Regierung bubenhafte Aus-schreitungen unkontrollierbarer Elemente geliefert. Alibi-riederen Bauern und italienische Anarchisten wetteifern ebenfalls miteinander in der Vollbringung gewalttätiger Handlungen; nicht minder ist wie immer die Polizei kopslos und erzeßiv. So wurde bereits auf beiden Seiten scharf geschossen und zwei Polizisten sind von Italienern ver-letzt. Eine ebenso überflüssige wie lächerliche, zugleich aber auch verfassungswidrige Maßregel der Regierung ist das Ver-bot des Streikpostens, das sich als eine empörende Partei-nahme zugunsten des Unternehmers und zuungunsten der Arbeiter darstellt. In der Arbeiterchaft herrscht über das kopslose, gewalttätige und probozierende Vorgehen der Regierung die tiefste Erbitterung und es ist nicht unmöglich, daß die Züricher Arbeiterchaft mit dem Generalstreik ant-wortet.

Frankreich.

Drexfus Ritter der Ehrenlegion. Paris, 21. Juli. Das "Amtsblatt" veröffentlicht heute morgen das Dekret, durch welches Drexfus zum Ritter der Ehrenlegion ernannt wird. Heute nach-mittag 3 Uhr findet in der Militärschule, wo Drexfus seinerzeit degradirt wurde, eine Parade statt, bei welcher Gelegenheit Drexfus das Kreuz der Ehrenlegion überreicht werden wird.

England.

Parlamentvertagung. Das Parlament wird in diesem Jahre eine Herbstsion abhalten. Das Unterhaus geht sofort nach An-nahme des Unterrichts-gesetzes in dritter Lesung, also wahrscheinlich am 30. Juli, in die Ferien. Das Haus der Lords wird das Gesetz in der Zeit vom 31. Juli bis zum 3. August beraten. Die Herbst-sion wird am 23. Oktober eröffnet werden.

Soziales.

Ein Gewerbegerichtsvorstand, wie er nicht sein soll.

Wiederholt haben wir über das merkwürdige Verfahren berichten müssen, das der Vorsitzende des Reichsgerichtes Gewerbegerichts Dr. Bape betätigt hat. Unsere Leser erinnern sich, daß die Arbeitnehmer in Weissenhof und ein beträchtlicher Teil der Arbeiter ihrem Un-willigen über die Art der Verhandlung durch Dr. Bape öffentlich zum Ausdruck gebracht haben. Im Gegensatz zu dem freundlichen Ver-hältniß, das bei der übergroßen Mehrheit der Gewerbegerichte zwischen deren Vorsitzenden und den Weisigern herrscht, ist das Ver-hältniß zwischen Dr. Bape und seinen Weisigern seit der Richtwahl des Dr. Bape zum Gemeindevorsteher ein wenig erfreuliches. Jur-zelt schweben gegen Dr. Bape — es ist das derselbe Herr, der der Ortskrankenkasse gegenüber den Grundhag betätigt hat: "wer gegen Alkohol wirkt, wird seines Amtes entsetzt" — mehrere Klagen, von denen eine und im allgemeinen Interesse besonders erwähnenswert erscheint. Vor dem Gewerbegericht klagte ein Schloffer eine Lohn-forderung von 4,50 M. ein. Dr. Bape fungierte als Vorsitzender mit zwei Arbeitgebern und zwei Arbeitnehmern als Weisigern. Dr. Bape rief dem Beklagten, eine Widerklage wegen eines angeblich vom Kläger entwendeten Feillobens zu erheben. Beklagter lehnte die Erhebung einer Widerklage ab, da vom Kläger ja doch nichts zu bekommen wäre. Das Gericht zog sich zur Beratung zurück und ver-urteilte den Beklagten zur Zahlung der eingeklagten Lohnforderung in Höhe von 4,25 M. Dies Urteil publizierte jedoch der Vorsitzende nicht, redete vielmehr abermals dem Be-klagten zu, er solle doch Widerklage erheben, dann brauche er nicht zu zahlen. Nunmehr erhob der Beklagte Widerklage, und jetzt ver-kündete der Vorsitzende ohne neue Beratung, jede der Parteien werde zur Zahlung von 4,25 M. verurteilt! Die Arbeitnehmer-beiße protestierten, verlangten Beratung der Sache durch das Gericht und Protokollierung des Vorfalls. Dr. Bape kümmerte sich darum nicht.

Nunmehr beantragten die Arbeiter, denen der Vorfall bekannt wurde, bei dem Regierungspräsidenten Entsendung des Dr. Bape von seinem Amt wegen grober Verletzung seiner Amtspflichten sowie Bestrafung des Dr. Bape wegen Verbrechens aus § 336 des Strafgesetzbuchs. § 336 des Strafgesetzbuchs lautet: "Ein Beamter oder Schiedsrichter, welcher sich bei der Leitung oder Entscheidung einer Rechtsfrage vor-sätzlich zugunsten oder zum Nachtheile einer Partei einer Verung des Rechts schuldig macht, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft."

Die Staatsanwaltschaft hat die Strafverfolgung abgelehnt, weil Dr. Bape einwendete, er habe sich nach links und rechts umgesehen und gemeint, das Urteil entspreche der Ansicht der Mehrheit des Ge-richts, nämlich der der Arbeitgeber und der Weisigen. Jedenfalls habe aber Dr. Bape nicht vor-sätzlich einer Verung des Rechts sich schuldig gemacht, da er das Recht nicht bewußt und in der Weise ver-letzt hatte, daß seine Handlungsweise mit seiner eigenen Ueber-zugung nicht im Einklang stand. Wegen dieses Befehls ist Be-schwerde eingelegt. Wir lassen dahingestellt, ob alle Kriterien des § 336 des Strafgesetzbuchs auf den geschilderten Tatbestand zutreffen. Auffällig muß es erscheinen, daß die Angelegenheit die Frage nicht gepußt hat, ob nicht eine intellektuelle Urkundenfälschung durch Ver-fündung eines anderen Urteils als des vom Gericht beschlossenen Urteils begangen worden ist. Der Vorsitzende handelte rechtswidrig, als er ein Urteil als Urteil des Gerichts verkündete, das vom Gericht nicht beraten noch beschlossen war.

Der Regierungspräsident hat folgenden Entscheid auf den Antrag auf Entsendung vom Amt erlassen:

"Durch die Untersuchung, welche die königliche Staatsanwalt-schaft eingeleitet hat, ist die von Ihnen erhobene Beschuldigung, daß der Vorsitzende des Gewerbegerichts zu Weissenhof, Herr Dr. Bape, sich einer Rechtsverung, Vergehen gegen § 336 des Straf-gesetzbuchs schuldig gemacht habe, nicht erwiesen und das Verfahren deshalb eingestellt. Aber auch der von Ihnen erhobene Vorwurf, daß Herr Dr. Bape einer groben Verletzung seiner Amt-pflichten schuldig sei, ist durch die eingeleitete Unter-suchung nicht bestätigt."

Nur so viel scheint erwiesen, daß die Entscheidung auf den Widerlagantrag ohne eine vorgängige Abstimmung im Beratungszimmer erfolgt ist. Ob die Annahme des Vor-sitzenden, daß er durch die vorhergehende Beratung zu der Ver-

fündung einer solchen Entscheidung als ermächtigt anzusehen ge-wesen sei, zutrifft, läßt sich bei den widersprechenden Zeugen-ausagen nicht mehr mit Zuverlässigkeit feststellen.

Sobiel ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die Entscheidung, von deren Richtigkeit der Vorsitzende überzeugt war, der Auffassung der Mehrheit (d. h. des Vorsitzenden und der Arbeitgeber) entsprach und von ihr durchaus gebilligt wurde.

Der Umstand, daß der Vorsitzende den Beklagten auf das Recht zur Widerklage hinwies, war im Hinblick darauf, daß der Beklagte die Sache nicht überjah, offenbar zulässig.

Wenn die Vorsitzenden daher ein Vorwurf trifft, so kann es nur der sein, daß er der Erörterung des Widerlagantrags bei der Beratung nicht einen genügend breiten Raum gab. Dies findet aber seine Erklärung darin, daß die Verhandlung am Schlusse einer langen und erregten Sitzung stattfand, die natu-remäh auch eine gewisse Abspannung mit sich brachte. Unter diesen Umständen ist der Vorwurf einer groben Verletzung der Amtspflichten nicht haltbar und ich habe keine Ver-anlassung, gegen Herrn Dr. Bape das Verfahren aus § 21 Ab-satz 3 des Gewerbegerichts-gesetzes einzuleiten."

Wegen diese Antwort ist im Aufsichtsweg reklamiert. Der Beklagte geht von der irrigen Voraussetzung aus, daß der Richter ein Urteil verkünden dürfe, das vielleicht der Ansicht der Mehrheit entspricht. Er irtt auch in der Annahme, daß der Ent-scheid von den Arbeitgebern gebilligt wurde. Die Beratung soll keine Farce sein, sondern die Grundlage für die Abstimmung der einzelnen. Im vorliegenden Fall dürfte die Widerklage nicht zu- gelassen werden, weil der aus ihr abzuleitende Anspruch nicht auf dem Arbeitsverhältnis beruhte. Die Arbeitgeber hätten, falls beraten wäre, voraussichtlich die gleiche Ansicht geteilt und auf keinen Fall zur Zahlung von 4,25 M. für Entwendung eines Feillobens verurteilt, wenn sie bei der Beratung darauf aufmerksam gemacht worden wären, daß die Entwendung nicht feststand und daß der Wert des Feillobens bei weitem nicht 4,25 M. erreichte. Wenn das durchaus ungeschickte Verfahren des Dr. Bape keine "grobe Verletzung einer Amtspflicht" ist — welche Handlung ist es dann? Im Interesse des Ansehens der Gewerbegerichte muß verlangt werden, daß solche willkürlichen Handlungen nicht un-gesühnt bleiben. War Dr. Bape sich der Rechtswidrigkeit seines Vorgehens nicht bewußt, so zeigt er gerade dadurch, daß er zum Amt eines Richters oder gar eines Vorsitzenden nicht paßt.

Aus Industrie und Handel.

Welthandelsflotte.

Der soeben erschienene neueste Jahrgang des "Statistik" enthält unter anderem statistischen Material eine interessante Tabelle, die einen Ueberblick über die Entwicklung der Welthandelsflotte während des letzten Jahrzehntes sowie über die in dieser Zeit eingetretenen Veränderungen in den Anteilgrößen der einzelnen Schifffahrtländer gibt. Die Tonnage der gesamten Welthandelsflotte betrug nach den An-schreibungen des Bureau Veritas, welche Dampfer unter 100 Register-tonnen und Segelschiffe unter 50 Register-tonnen netto unberücksichtigt lassen, im Jahre 1894/95 19 543 000 Netto-Register-Tonnen. Sie umfaßt heute 25 420 000 Nettotonnen; der dem Welthandel zur Verfügung stehende Schifffraum ist demnach in den letzten zehn Jahren um nahezu 30 Prozent gewachsen. Eine noch weit stärkere Zunahme ergibt sich bei einer vergleichenden Betrachtung der Qualitäten der Welthandelsflotte heute und vor zehn Jahren. Die in der Entwicklung nahezu sämtlicher nationalen Handels-flotten deutlich hervortretende Tendenz einer stetigen Zunahme der Dampfertonnage bei gleichzeitiger Rückgänge der Segel-schiff-tonnage hat eine Steigerung der Leistungsfähigkeit der Welthandelsflotte weit über das quantitative Wachstum hinaus im Folge gehabt. Während 1894/95 10 Millionen Register-tonnen auf die Dampfer und 9,5 Millionen Register-tonnen auf die Segler entfielen, der Anteil beider an der Gesamttonnage also ungefähr gleich war, umfaßt heute die Dampfertonnage 17,8 Millionen Tonnen, die Seglertonnage 7,6 Millionen Tonnen, das Ver-hältniß zwischen beiden ist also jetzt ungefähr 5:2. Der Statistiker prüft die Leistungsfähigkeit der Dampferregister-tonnen dreimal so hoch zu veranschlagen als die der Segelschiffregister-tonnen. In Segelschiff-tonnen ausgedrückt betrug die Leistungsfähig-keit der Welthandelsflotte 1895/96 39,5 Millionen Register-tonnen, heute stellt sie sich auf 61,0 Millionen Register-tonnen. Sie ist also im letzten Jahrzehnt um 54 1/2 Proz. gewachsen.

An der aufsteigenden Entwicklung, wie sie seit in den im Vorstehenden genannten Ziffern entgegentritt, haben sämtliche wichtigeren Reedereiländer wenn auch in verschiedenem Maße teilgenommen. Relativ am gewaltigsten ist innerhalb des letzten Jahrzehntes die japanische Handelsflotte gewachsen. Ihre Transportleistungsfähigkeit ist nahezu um das Vierfache, um 301 Proz. gestiegen. Nächst ihr zeigt die russische Handelsflotte, deren Leistungsfähigkeit sich um 125 Proz. vergrößert hat, die größte relative Zunahme. An dritter Stelle steht die deutsche Handelsflotte mit einer Zunahme von 91,8 Proz. Ihr folgen nach dem Grade der Steigerung ihrer Leistungsfähigkeiten die Flotten von Schweden (90,0 Proz.), den Vereinigten Staaten (81,6 Proz.), den Niederlanden (65,1 Proz.), Italien (63,2 Proz.), Frankreich (61,0 Proz.), England (30,5 Proz.), Norwegen (30,5 Proz.) und Spanien (25,6 Proz.).

Gewerkschaftliches.

Ein falsches Urteil über Arbeitermanieren.

In Augsburg fand unlängst eine Versammlung der Tapezierer statt. U. a. erhielt auch der Tapezierergeselle Kenninger einen Handzettel, der eine in äußerst höflicher Form gehaltene Einladung enthielt. Darauf setzte sich dieser Kenninger hin und schrieb an den Einrufer einen Brief voll gemeiner Beschimpfungen der Verwaltungs-mitglieder des Tapeziererverbandes. Diese Unverschämtheiten wollten die Beleidigten nun nicht ohne weiteres hinnehmen und sie stellten Privatbeleidigungsklage. Die Klage wurde aber abgewiesen bzw. der Brießschreiber wurde freigesprochen. In seiner Begründung gab der Amts-richter die Schwere der Beleidigungen zu, es sei dem Beklagten jedoch der Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Inter-essen!) zuzubilligen. Ferner seien der Bildungs-grad und die gesellschaftlichen Verhältnisse der Angeklagten für die Freisprechung bestimmend. Die Ausdrucksweise (die Schimpfereien) seien in den Kreisen, in denen der Angeklagte lebe, mehr oder minder üblich.

Erfstens wird man vergeblich nach einem Grund suchen, warum auf die Gemeinheiten hin von Wahrung berechtigter Interessen gesprochen werden könne. Von dem Eingeladenen ist eine Antwort ja gar nicht gefordert worden; er hätte die Einladung unbeachtet lassen können, wie es leider viele andere auch machen. Zweitens mag man schließlich die Begründung: derbe Ausdrucksweise sei in Kreisen der Arbeiter (aber nicht bei allen!) üblich und der geringe Bildungsgrad des Beleidigten usw., gelten lassen — wo und wann aber ist diese Ansicht eines Richters schon einmal zutage getreten, wo organisierte, sozial-demokratische Arbeiter auf der Anklagebank saßen? Welche fürchterliche Strafen werden ausgesprochen, wenn organisierte Arbeiter einem jener Sorte nur ein einziges unschönes Wort zurufen und dazu noch in berechtigter Auf-regung und unter ganz anderen Umständen! — Doch, nach-dem das nämliche Gericht vor zwei Jahren zu Recht erkannte, daß "D. Sie Hindiehl!" für einen Arbeiter keine Ver-

Leibung ist, und den Fabrikanten, der diese Beleidigung fallen ließ, ebenfalls freisprach, braucht man sich über jenes Urteil nicht zu wundern!

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Bronzewarenfabrik Hermann Klinker u. Co., Andreasstraße 32, haben wegen Differenzen mit der Firma die Arbeit niedergelegt. Die Fabrik ist bis auf weiteres gesperrt. Wir ersuchen die Kollegen und Kolleginnen, den Betrieb zu meiden.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Stukkateure! Bei der Firma Krüger u. Lauerer, Neubau Köpinger, Bellevuestraße, sind Differenzen ausgebrochen. Wir ersuchen Arbeitsangebote vorläufig abzulehnen.

Ortsverwaltung Berlin.

Die Buchbinder-Ausperrung. Die Berliner Buchbinder-Zunft hat ihre Ausperrungsdrohung — wenn bis zum 21. Juli eine Einigung zwischen dem Verband Deutscher Buchbindermeister und dem Deutschen Buchbinder-Verband nicht erfolgt ist — wahr gemacht. Ausgesperrt haben folgende Firmen: **Schreiber u. Co.**, Ludauerstr. 7; **Schuler Geschäftsbüchereifabrik**, Hollmannstr. 15; **Gebrüder Trautmann**, Schadowstraße 6; **F. R. Pflanz**, Luisen-Ufer 12.

Die Betriebe sind für Mitglieder des Deutschen Buchbinder-Verbandes gesperrt.

Die Firma Heymann u. Schmidt, Luruspapierfabrik, sendet uns folgende Berichtigung:

1. Es ist unklar, daß die Firma Heymann u. Schmidt, Luruspapierfabrik, Aktiengesellschaft, den jetzt engagierten Gehälften Wochenlöhne von 45—47 M. versprochen hat. Die vereinbarten Löhne sind genau dieselben, die den früheren Gehälften an den gleichen Stellen bezahlt wurden. Nach Ausweis der Lohnbücher betragen die Verdienste für frühere Maschinenbrüder auch schon wöchentlich 40—54 M.

2. Es ist unklar, daß den neu engagierten Leuten Gratifikationen von 250 M. zugesichert worden sind für den Fall, daß sie nach Beendigung der Ausperrung entlassen werden müßten. Diese Möglichkeit ist seitens der Firma Heymann u. Schmidt von vornherein ausgeschlossen.

Von der Organisationsleitung wird uns dazu geschrieben: Auf vorstehende Berichtigung können wir nur wiederholen, daß die Firma Heymann u. Schmidt heute den Arbeitswilligen Löhne verspricht und auch zahlt, die früher von den ausgesperrten Kollegen nur mit Überstunden oder durch Prämienzahlung verdient wurden. Wir haben Engagementbriefe in Händen, wo einem Arbeiter 38 M., dann 40 M. Lohn versprochen wurden, wogegen früher nur 36 M. als Höchstlohn gezahlt wurden. Sodann ist zwei unserer ausgesperrten Kollegen erst in den letzten Tagen versprochen worden, wenn sie ihren Kollegen in den Rücken fallen, daß sie mehr Lohn erhalten sollen, wie früher und daß alle Schulden bezahlt würden. Daß dieses Versprechen durch den Ueberbringer nur im Auftrage der Firma gegeben werden konnte, ist für jeden Denkbaren klar. Daß der Geschäftsführer der Firma Heymann u. Schmidt, Herr Karcz, Arbeitswilligen eine Abfindungssumme von 250 M. versprochen hat, können wir durch Zeugnisse feststellen. Daß allen Arbeitswilligen dieses versprochen wurde, haben wir nicht behauptet. Auch die übrigen Behauptungen sind uns von durchaus einwandfreier Seite mitgeteilt worden, so daß wir an deren Richtigkeit trotz dieser Berichtigung nicht zweifeln.

Die Firma Schiffner u. Cie. ersucht uns mitzuteilen, daß sie Löhne von 60 und 65 Pf. pro Stunde nicht nur für die Zeit des Streiks zahlt, wie in einer Mitteilung des Metallarbeiterverbandes von gestern gesagt wird, sondern daß in der Tat solche Löhne und darüber ständig von ihr gezahlt wurden. Auch die jetzt Streikenden erhielten diese Löhne. Von den ständig beschäftigten 23—24 Gesellen erhielten: ein Geselle 80 Pf., drei von ihnen 67½ Pf., weitere neun 65 Pf., vier 62½ Pf. und sieben 60 Pf. pro Stunde bei 8 1/2 stündiger Arbeitszeit. Die Hauptforderung der Gesellen ist die einer Lohnzulage von 5 Pf. pro Stunde für alle, auch die bestbezahlten derselben. Diese Forderung könne aber die Firma nicht erfüllen und würde, wenn darauf bestanden wird, auf den größten Teil der Produktion verzichten und die dabei in Frage kommenden Artikel fertig beziehen.

Die Leberarbeiter sehen ihre Organisation bedroht durch das eigenartige Verhalten der Firma Esch u. Strasser, die nicht die Vertragsbestimmungen, wie sie im letzten Tarif anerkannt wurden, einhält. Die Firma läßt die leichteren Arbeiten bei dem Zwischenmeister Dziggel in Ludenwalde herstellen, während hier in Berlin die schwereren Werke hergerichtet werden. Bei Dziggel werden junge Leute, die nicht zur Organisation gehören, angelernt, und die organisierten Leberarbeiter fürchten, daß dort eine Art Streikbrecherschule gegründet worden ist. In einer Versammlung am Donnerstagabend wurde die Situation klargestellt und beschlossen, nicht ruhig zuzusehen, wie eine Truppe herangebildet wird, die der Organisation in Zeiten der Gefahr in den Rücken fallen kann. Die Diskussion wurde in ziemlich erregter Weise geführt und zeigte die Entschlossenheit der Arbeiter, einen ersten Widerstand zu leisten und zum Mittel des Streiks zu greifen, wenn es sein muß.

Folgende Resolution gelangte zur Annahme: Die Versammlung nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von den Praktiken der Firma Esch u. Strasser und erklärt, daß es nicht im Sinne des Vertrages ist, wenn Helle nach außerhalb zum Richter geschickt werden. Die Versammlung erklärt darin nicht allein eine Schädigung der wirtschaftlichen Interessen der Leberarbeiter, sondern auch eine Verletzung der Interessen des ganzen Verbandes, der Organisation selbst. Sie fordert mit aller Entschiedenheit die Abschaffung dieses Systems, anderenfalls die weitere Arbeit verweigert werden wird.

Es wurde ausdrücklich betont, daß durch diese Resolution nicht der Instanzenweg abgeschnitten werden solle. Es sollte auf diesem Wege versucht werden, die Direktion zum Nachgeben zu bewegen, meinten einige; aber viele Arbeiter erklärten auch, daß sie sich in der Notwehr befinden und daß es sich um die Erhaltung ihrer Organisation handle. Als der zweite Verbandsvorstand Vock den Sturm etwas beschwichtigen wollte und sich gegen die Resolution und nur für den ordnungsgemäßen Instanzenweg erklärte, wurde er heftig angegriffen. Die allgemeine Stimmung war für eine energische und kräftige Opposition, und es wird vom Vorstand erwartet, daß er die einleitenden Schritte tue.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Achtung, Barbieren! Man muß jetzt besonders darauf achten, daß die Forderungen von den Arbeitgebern nicht mehr zurückgezogen werden. Nach teilweisem Ausspruch der Arbeitgeber geben dieselben selbst zu, die Bewilligungen nur so lange einhalten zu wollen, als die Bewegung an und für sich dauert, und geben sich jetzt schon der Hoffnung hin, die schlechtere Konjunktur in unserem Berufe zur späteren Jahreszeit ausnutzen zu können. Damit dieses nicht geschieht, soll man nur auf die Kontrollkarte achten als Zeichen dafür, daß die Organisation nicht umgangen wird. Die Kontrollkarte wird nur an organisierte Gehälften abgegeben und ist nur gültig (was besonders zu beachten ist), wenn die laufende Woche abgestempelt ist und die Rammenunterchrift Baumgart trägt. Die Forderungen sind durchbrochen worden von den Firmen **Barbuhn**, Friedrichsfelderstraße 18, **Wende**, Rübendorferstraße 40 und **Reumann**, Bornsdorferstraße 60.

Verband deutscher Barbieren, Friseure und Perückenmachergehälften Berlins, Bureau Schillingstraße 15/16.

Deutsches Reich.

Der Kampf im Buchbindergewerbe.

Gestern mittag fand im Berliner Gewerkschaftshause wieder eine Versammlung der Ausgesperrten statt. Der große Saal war gedrängt voll. Den Bericht über die Lage des Kampfes gab **Max**. Sie ist im wesentlichen unverändert. Die Ausgesperrten halten fester als je zusammen. Der Umstand, daß die Buchbindermeister nun Zuschriften an Ausgesperrte versenden und drohen, sie überhaupt nicht wieder einzustellen, falls sie jetzt nicht die Arbeit aufnehmen, verfehlt gänzlich seinen Zweck. Die Zuschriften werden der Streikleitung übermittelt werden und wenn nötig von dieser gemeinsam beantwortet. Der Buchbindermeister **Wäbden** schloß die Versammlung, gleich am Tage nach der Versammlung bei Kestler einen Streikposten von der geplanten Versendung der Zuschriften in Kenntnis zu setzen und ihn zu ersuchen, dies seinen Kollegen mitzuteilen. Dies ist wohl geschehen, aber es hatte ebensoviele von den dem Prinzipal ersetzten Erfolg, wie die Zuschrift selbst Erfolg haben wird.

Der Hauptvorstand des Verbandes deutscher Buchbindermeister hat gleich, nachdem ihm das Ergebnis der Buchbinderversammlungen in den drei Städten bekanntgegeben war, ein Schreiben an den Vorstand des Deutschen Buchbinderverbandes gerichtet, dessen wichtigste Sätze lauten:

„Wir sind nicht in der Lage, weitere Zugeständnisse zu machen und deshalb werden erneute Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen. Wir sind auch heute noch bereit, den Vertrag vom 15. Juli als für uns bindend anzunehmen. Sollte dagegen die Arbeit nicht in allen Betrieben in Leipzig, Berlin und Stuttgart bis zum 20. Juli dieses Jahres wieder aufgenommen sein, dann ziehen wir unsere Zugeständnisse betreffend die Erhöhung der Minimallöhne, wie solche im § 3 des Vertrages verzeichnet sind, zurück.“

Der Vorstand des Buchbinderverbandes hat darauf am 20. Juli ein Antwortschreiben an den Prinzipalverband gerichtet, worin zunächst ein zusammenfassender Bericht über die in den drei Städten gefassten Beschlüsse gegeben wird, die den Prinzipalen bisher nur aus den Zeitungen bekannt geworden waren. — Der „Vorwärts“ hat die Beschlüsse der Berliner, wie der Leipziger Versammlung schon mitgeteilt; die der Stuttgarter sind in der Hauptsache — Absehung des Vertrags in der jetzigen Form und neue Verhandlungen — dieselben, jedoch wurde in Stuttgart eine Erhöhung der Stundenlöhne für Arbeiter vom sechsten Jahre der Berufstätigkeit, und ebenso für geübte Arbeiterinnen um 2 Pfennig vom 1. September 1906 und nochmals vom 1. September 1908 ab verlangt. — In dem Schreiben wird dann beantragt, daß neue Verhandlungen stattfinden, und zwar auf Grundlage des Vertrages vom 15. Juli unter vollständiger Berücksichtigung der von jenen Versammlungen gestellten Ansprüche. Zum Schluss wird unter Hinweis auf eine irrtümliche Notiz im „Journal für Buchbinder“ den Prinzipalen mitgeteilt, daß der Buchbinderverband keineswegs genötigt ist, aus Mangel an Mitteln den Frieden anzustreben, sondern daß Unterstützungsmittel für die Ausgesperrten noch auf eine Reihe von Wochen gesichert sind. — Die Notiz von der Gelbnot der Streikenden entspricht weit mehr dem schmerzlichen Wunsch der Prinzipale als der Wahrheit, und geben die Prinzipale nicht mehr nach als bisher, so wird das „Journal“ es wohl noch erleben, daß aus der „erschöpften Streikliste“ auch noch weitere Woche für Woche die nötigen Unterstützungssummen fließen. — Nebenbei bemerkt, werden in demselben „Journal“ an anderer Stelle von einem Arbeitgeber recht verständige Äußerungen über das Verhältnis zur Arbeiterchaft veröffentlicht. Hier heißt es:

„Man ist in Unternehmerkreisen gewöhnt, mit Verachtung von diesen Gewerkschaften zu sprechen, weil man glaubt, daß der organisierte Arbeiter seinem Chef kein Interesse entgegenbringt. Aber was nützt es, sich etwas vorzulegen? Welcher Geschäftsmann hat an seinem Arbeiter ein menschliches Interesse? Der Arbeiter ist ihm doch nur eine Kraft, die ihm Geld verdient. — Würde es nicht besser, wenn wir den organisierten Arbeitern freundschaftlich gegenüber ständen? Ein friedliches Zusammenarbeiten mit den Führern der Arbeiter, denen das Gefühl für Höflichkeit keineswegs abgeht, könnte zu mancher Verständigung beitragen, mancher Haß, der leider auf beiden Seiten noch gleich stark glüht, beseitigen.“

Die Arbeiter von heute sind fast alle Sozialdemokraten. Aber gerade die Sozialdemokratie betont immer wieder ihre höheren Zwecke. Sie ist eine Partei, mit der wir gern oder ungern rechnen müssen. Und wenn wir ihre Vorgesäte und Führer kennen gelernt haben, so werden wir auch unseren Arbeitern gegenüber auf die alte Weisheit kommen, die allen Hasses Resignation enthält: Tout comprendre c'est tout pardonner.“ (Alles erkennen heißt alles verzeihen.)

Die Unternehmer bringen übrigens jetzt wieder Mitteilungen in die Presse, die darauf berechnet scheinen, die Wesentlichkeit über die Lohnverhältnisse im Buchbindergewerbe irre zu führen. Ihre neueste „Auffklärung“ beginnt mit dem Satz:

„In dem in Leipzig vereinbarten neuen Tarif war der Minimallohn für Buchbindergehälften um 2 bzw. 4 Pf. pro Stunde erhöht.“

Dah es sich um 2 Pf. Zulage vom 1. Mai nächsten Jahres ab und wiederum um jumpige 2 Pf. vom selben Datum des Jahres 1909 ab handelt, das ist aus dem Satz nicht zu erkennen. Sie sagen dann weiter von dem bestehenden Akkordtarif, daß die Preise so hohe sind, daß ein normal ausgebildeter Buchbindergehälfe auf einen Durchschnittslohn von 40—55 M. kommt, während es den geübten Arbeiterinnen möglich ist, einen Wochenverdienst von 25 M. und weit darüber hinaus zu erzielen.“ Sie heben dann ausdrücklich hervor, daß dies keine Parabelöhne einer beliebig herausgerechneten Periode sind, sondern effektiv auf das Jahr umgerechnete Löhne! — In der Streikversammlung wurden diese Mitteilungen der Unternehmer ohne weiteres als der Wahrheit durchaus nicht entsprechend bezeichnet. Es ist ja auch ohne weiteres klar, daß Arbeiter und Arbeiterinnen, die solche Löhne verdienen können, nicht zwölf Wochen lang um einige Pfennige mehr Lohn kämpfen. In der Zeitungszuschrift der Prinzipale wird weiter behauptet, daß eine weitere Erhöhung der Minimallöhne in den „Reinbuchbindereien“ — es wird gesagt, daß in den Betrieben, die nicht „Reinbuchbindereien“ sind, erheblich niedrigere Löhne gezahlt werden, was auch nicht der Wahrheit entspricht — gleichbedeutend wäre mit einem Verzicht auf die Konkurrenzfähigkeit, und, daß schon heute große Aufträge den Betrieben der tarifstreuen Städte entzogen und den nicht nach Tarif zahlenden Provinzialstädten überwiesen würden. Auch diese Behauptung ist aus der Luft gegriffen. Schon von jeher waren die Löhne in den Buchbinderbetrieben höher als anderen Orts. Die Konkurrenzfähigkeit der Großbetriebe basiert eben auf ihren großartigen technischen Einrichtungen und auf dem weit besser mit der Maschinenarbeit vertrauten Personal. Allerdings wirkt auch die Erhöhung der Löhne in jenen Städten ganz unwillkürlich auf die Provinz zurück, abgesehen davon, daß der immer stärker vordringende Buchbinderverband auch in anderen Städten für Vereitigung der früher sprichwörtlichen Hungerlöhne der Buchbinder sorgt. Es ist schon jetzt so weit gekommen, daß ein reisender Buchbinder nicht mehr wie früher von allen anderen Handwerksleuten mit mitleidigem Köpelsucken betrachtet wird, wenn es auch noch Drie genug gibt, wo ihm seine Arbeit kaum das Allernötigste zum Leben einbringt. Aber an solchen Orten sind die Buchbindermeister am allerwenigsten konkurrenzfähig mit den Großbetrieben der drei Städte, ja nicht einmal mit den Kleinbetrieben, die hier auch schon, trotz der höheren Löhne, weit vorteilhafter arbeiten als jene in anderen Städten.

Auf ein neues Mittel zur Lahmlegung des Buchbinderverbandes ist, wie behauptet wird, der Buchbindermeister Ludwig verfallen. Er soll es sein, der die Gründung eines „Patriotischen Buchbinderverbandes“ veranlaßt hat. Einige Streikbrecher hatten auf Mittwoch, denselben Tag, an dem die Versammlung bei Kestler stattfand, eine öffentliche Buchbinderversammlung nach einem Lokal

in der Skalierstraße einberufen, wo dann drei Dutzend Herren und Damen von der edlen Streikbrecherzunft diesen sich „patriotisch“ nennenden Verein „ins Leben“ riefen. Sein Hauptzweck ist ausgesprochenemachen die Unterstützung der Prinzipale bei Streiks. Und das soll so gemacht werden, daß Mitglieder dieser Patriotenliga bei irgendeinem Streiks ihre alte Stellung aufgeben müssen, um dem bestreikten Prinzipal aus der Tasche zu helfen. In der Versammlung der patriotischen Streikbrecher selbst wurden schon Zweifel laut, ob sich dies auch durchführen lasse, da ja der zur Hilfestellung Abkommandierte bei dem neuen Prinzipal vielleicht weit weniger verdiene als in der alten Stellung. Der Leiter der Versammlung mußte darauf erklären, daß er selbst diese Frage noch nicht erwogen habe. Vielleicht rühten die „Patriotischen“ eine „Streikliste“ ein, um in solchem Fall den Lohnverlust zu erleiden. — In der Versammlung der Ausgesperrten tief die Mitteilung von dieser neuen „Gründung“ natürlich lebhaftest Feindschaft hervor. Im übrigen zeigte es sich im ganzen Verlauf der Versammlung, daß die Widerstandskraft der Ausgesperrten unermindert andauert und daß auch die noch immer nicht aufgehörten Belästigungen von Streikposten durch die Polizei sie nicht zu erschüttern vermögen. Der Referent forderte die Anwesenden auf, wie sie auch als Streikposten von der Polizei belästigt werden, sich nicht zu irgend welchem ungesetzlichen Verhalten hinreißen zu lassen, sondern maßvoll ihre Rechte zu wahren, ihres Weges zu gehen und ihres Amtes zu walten. „Das tun wir ja auch,“ wurde durch Zwischenrufe aus der Versammlung bemerkt. — Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen: „Die Berliner Ausgesperrten erklären, auf etwaige Zuschriften der Prinzipale um Wiederaufnahme der Arbeit nicht reagieren, sondern einmütig im Kampfe auszuharren zu wollen, bis seitens der Unternehmer annehmbare Zugeständnisse gemacht worden sind.“

Achtung, Metallarbeiter! Am 13. Juli haben sämtliche männlichen Arbeiter der Stahlwerksfabrik E. W. Leo Kaph, Leipzig-Plagwitz, wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Die Firma hat hierauf das ganze weibliche Personal ausgesperrt. Da es der Firma schwer fällt, Arbeitswillige zu bekommen, ist sie auf den Trieb verfallen, den eintretenden Arbeitswilligen den Meisterstempel aufzudrücken. Wir möchten vor dieser Rädination warnen, da die Gesudaten keine wirklichen Meister werden sollen, sondern Streikarbeit verrichten müssen.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Leipzig.

Bei der Düsseldorf Röhrenbauaktiengesellschaft vormalig Losenhausen haben 30 Former und Siedereiarbeiter wegen Lohnhöhen die Arbeit niedergelegt.

Zugung ist fernzuhalten.

Ausland.

Der Sieg der Trambahner.

Rom, 18. Juli. (Eig. Ber.)

Der Streik der hiesigen Trambahner, dessen einzelne Phasen wir in den telegraphischen Berichten wiedergegeben haben, verdient eine Schlußbetrachtung. Er hat zunächst gezeigt, daß auch in Rom Arbeiterkämpfe in moderner Weise ausgefochten werden können — ohne Ausschreitungen und ohne Kleinmüt — sobald es sich nur um Arbeiter handelt, die im modernen Sinn Lohnarbeiter sind. Es ist gerade der Mangel an einer eigentlichen Lohnarbeiterschaft — die sich in Rom fast allein auf die Maurer und Trambahner beschränkt — der den politischen und wirtschaftlichen Kämpfen des hiesigen Proletariats den Charakter der Unbeständigkeit und Maßlosigkeit verleiht. Wo sich aber eine einigermaßen gleichartige Arbeitermasse findet, da — wie dies eben bei dem Personal der Trambahngesellschaft der Fall ist — kann man auch in Rom trefflich geleitete und tapfer durchgeführte Lohnkämpfe sehen. Diesmal hat zunächst die Streikleitung — Streikkomitee und Arbeitskammer — alles getan, um das „Verkrümmeln“ der Streikenden zu verhindern. Täglich wurden mindestens zwei Versammlungen abgehalten — in den 16 Streiktage gegen 40. Bei diesen Versammlungen ging es — trotz aller Erregung — stets so zu, daß die Polizei keinen Vorwand fand, sie zu verbieten. Auch haben sich die Trambahner zu keinerlei Ausschreitungen und Materialbeschädigungen hinreißen lassen, sondern sogar durch ihr Eingreifen mehrfach Unfälle verhütet, die durch die Unbeständigkeit der Streikbrecher drohten. Schließlich haben sie eine nicht hoch genug einzuschätzende Besonnenheit an den Tag gelegt, indem sie den wiederholt gemachten Vorschlag, den Generalkonstreik aus Solidarität zu proklamieren, ablehnten. Und das, obwohl von interessierter Seite, die der römischen Trambahngesellschaft nicht eben fern stand, in der letzten Streikwoche beständig zum Generalkonstreik gekehrt wurde.

Was die materiellen Errungenschaften des Streiks betrifft, so sind sie nicht gering anzuschlagen, obwohl die Forderung des Minimallohnes von 3 Lire nicht durchgesetzt wurde. Die Angelegenheiten aller Kategorien sowie die Hilfsarbeiter erhalten Aufbesserungen von 20 bis 25 Centesimi täglich; außerdem erfolgt künftig in das Auftraden von einer Lohnkategorie in die andere schneller als bisher. Die finanzielle Mehrbelastung der Gesellschaft beläuft sich auf 98 000 Lire im Jahre, nachdem die Direktion als äußeres Zugeständnis erklärt hatte, 60 000 Lire jährlich in der Form von Prämien zu verteilen. Schließlich, gegen Ende des Streiks, ließ die Trambahngesellschaft durch die Zeitungen bekannt machen, sie könne jetzt noch weniger Lohnverbesserungen gewähren, als vor dem Streik, da sie durch diesen um Hunderttausende geschädigt worden sei. Leider war es ihr aber vor dem Streik gar nicht in den Sinn gekommen, irgend etwas zu gewähren!

Daß die Streikenden die Wiedereinstellung aller, auch der Tagelöhner und Hilfsarbeiter durchgesetzt haben, war natürlich eine Ehrensache für alle organisierten Arbeiter. Hätte die Gesellschaft in diesem Punkt nicht nachgegeben, so hätte der Streik noch lange dauern und zu ernstlichen Komplikationen führen können.

Wenn die Trambahngesellschaft ähnliche Profitausfälle, wie die, die sie durch den Streik erlitten hat, verhalten will, wird sie gut tun, die Löhne des Personals weiter zu erhöhen, damit diesem eine menschenwürdige Lebenshaltung gesichert wird. Solange sie dies nicht erreicht haben — und sie haben es noch nicht erreicht — wird das Damoclesschwert des Trambahnstreiks immer über der Bevölkerung Roms schweben.

Die Wahlen zur Orts-Krankenkasse der Schneider.

Sowohl der Arbeitnehmer, wie der Arbeitgebervertreter, sind sehr endlich seitens des Magistrats für ungültig erklärt worden und ist der derzeitige Vorstand seines Amtes enthoben worden. Zur kommissarischen Verwaltung der Kasse ist der Magistratssekretär Stesslich ernannt worden.

Es hat ein bißchen sehr lange gedauert, bis sich der Magistrat entschlossen hat, die Konsequenzen aus dem unhaltbaren Zustand innerhalb der Schneiderkasse zu ziehen.

Hoffentlich haben nun die Treiberen derer vom Reichsverband ihr Ende erreicht und es wird in Zukunft ein Vorstand gewählt, der, gestützt durch das Vertrauen der Mitglieder, die Interessen derselben wahrzunehmen bestrebt ist.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Erwischt!

Gannover, 21. Juli. (W. T. B.) Der von Leipzig aus wegen Totschlags verfolgte Tischler Franz Koehler und dessen Geliebte, die angebliche Schauspielerin Johanna Lange, wurden hier heute von der Kriminalpolizei festgenommen.

Arbeiter, Parteigenossen! Gedenkt der ausgeperrten Buchbinder und Lithographen!

Parteizersplitterung.

In gewohnter breiter Selbstgefälligkeit bescheinigt sich Genosse Legien, mich schon zweimal „troden“ gelegt zu haben. Ich bin der ganz bescheidenen Meinung, er täte besser, das Urteil den Genossen und Lesern des „Vorwärts“ zu überlassen.

Meine Kritik an dem Verfahren der Generalkommission (ich nannte keinen Namen) hat er glücklicherweise ganz und gar auf das persönliche Gebiet verpflanzt. Ausdrücke wie „Schufligkeit“ konstruiert er sich allein, um auf den selbstgeschaffenen Popanz in Gänsefüßen herumzupauken.

Den Gipfel des guten Geschmacks erklimmt Legien jedoch durch die Bemerkung, ich hätte durch meine „Anpöbelung“ (auch ein schönes Wort) die Qualifikation zu dem „befohlenen Posten“ erbringen müssen. Bisher war ich der unglückseligen Meinung, eine 33jährige Zugehörigkeit zur Partei und die 16jährige ununterbrochene Tätigkeit in unzähligen arbeitsreichen Parteiamttern hätten mir das einstimme Votum der Berliner Genossen verschafft; ich bin wirklich überrascht, daß ich im Dezember 1905 nur wegen der im Juli 1906 stattgefundenen „Anpöbelung“ des Genossen Legien gewählt wurde. Ebenso überrascht dürften die Delegierten von Groß-Berlin über die ihnen unterworfenen Motive sein.

In der Sache selbst bleibe ich bei meiner Auffassung; es war nicht parteigenösslich, ein derartiges Protokoll, welches die mit dem Parteivorstand geführten Unterhandlungen enthielt, in die Welt zu schicken, ohne dem letzteren vor Drucklegung Einsicht zu gewähren. Das Legienische Dramenherumgeheißel ändert daran nichts, ich bin sicher, in seiner jetzigen Haltung wäre das Protokoll nicht gedruckt worden, hätte der Parteivorstand das Manuscript vorher einsehen können.

Auf das Gebiet persönlicher Grobheiten und Befeldigungen lasse ich mich nicht locken; mir ist an dem Verfall der gegnerischen Blätter, den Legien jetzt so reichlich einheimst, absolut nichts gelegen.

Leopold Liepmann.

Die „Reformen“ für den Kongostaat.

Ran schreibt und aus Brüssel:

Die Feststellungen der vom König ernannten Reformkommission liegen nun in den 24 königlichen Reformdekretten vor. Die Kongo-Prese hat sie natürlich mit großem Enthusiasmus begrüßt — aus denselben Motiven, aus denen sie zurzeit die Wichtigkeit der Anlagen bestritt — und es ist wieder sehr viel von dem großen „Zivilisationswerk“ Leopolds und von der königlichen Gründergenialität die Rede. Und in der Tat, unter den 24 neuen Verfügungen nehmen sich einige sehr human und radikal aus, und wer an unverbundliche papieren Bestimmungen Hoffnungen knüpft, mag von ihnen eine Besserung der ständischen Zustände am Kongo erwarten. Man veresse nicht, daß auch die alte Kongoerhebung etliche lokale Bestimmungen kannte, aber welche Wirksamkeit ihnen in der Praxis zusah, erhellt daraus, daß sich unter den neuen Erlassen das alte Verbot vorfindet, daß nicht mehr als 40 Stunden Arbeit im Monat von den Regern verlangt werden darf!

Von besonderer Bedeutung soll es sein, daß den Eingeborenen im dreifachen Ausmaß ihres Besitzes Land zugesprochen werden und ihnen die Wälder zurückerstattet werden sollen, die ihnen der berüchtigte Geheimerath aus dem Jahre 1891 geraubt hat. Damit wäre den Eingeborenen wieder die Möglichkeit gegeben, zu jagen, zu fischen und — ohne wegen Diebstahls bestraft zu werden — Auktions für sich ernten und Handel treiben zu können. Aber die Verfügung schließt leider keinerlei Genähe in sich, daß bei den langwierigen Ausnahmen und Messungen, die da erforderlich sind, ihre Durchführung in absehbarer Zeit zu erwarten ist.

Auch mit dem herrschenden Steuersystem verprechen die Erlasse aufzuräumen. Die Steuern, die bis jetzt oft für 200 bis 700 Frank Kaufschulden betragen haben, sollen künftig mit weniger als 8 und nicht mehr als 24 Frank betragen, und die Arbeitsleistung soll — wie gesagt — 40 Stunden im Monat nicht überschreiten. Die Uebertretung dieser Verordnung wird nach dem neuen Erlass mit 100 bis 2000 Frank Geldstrafe oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre geahndet, ebenso die Uebertretung der Zwangsvorschriften zur Eintreibung der Kaufschulden.

Zu jenem Teil der „Reformen“, auf deren strikte Durchführung man allerdings mit Sicherheit rechnen kann, gehört die Errichtung der Institution der Toten Hand im Kongostaat! Der König hat den katholischen Missionen für die Errichtung von Forts, Landwirtschafts- und Handwerkschulen einen Grundbesitz von je 100 bis 200 Hektar kostenlos und „für ewige Zeiten“ zu gewiesen! Damit hofft der König, die Katholiken auf jeden Fall für seine Projekte zu kaufen.

Wermutswort wäre noch, daß den schwarzen Wachen, über deren gewalttätige und grausame Wirksamkeit bei der Kaufschuldeneintreibung der Kommissionsbericht ebenfalls Licht verbreitet hat, das Tragen von vollkommenen Waffen von nun an verboten sein soll. Die Schaffung von Gerichten in Leopoldville, Coquilhatville, Kanpara u. a. m. verspricht schließlich den Eingeborenen, die früher nach der Hauptstadt Roma mühen, wenn sie einen Rechtsfall hatten, nicht zu unterschätzende Vorteile.

Die „Reformen“ stellen sich erst in ihrer ganzen Bedeutung dar, wenn man den die „Reformdekrete“ begleitenden königlichen Brief prüft, der mit dankenswerter Offenheit Leopolds Absichten und Auffassungen über den Kongostaat offenbart. Dieses hochmütige Schreiben, das in seinem ganzen Anhalt den reinsten Absolutismus hervorkehrt, hat bereits in der unabhängigen Presse Belgiens schärfste Mißbilligung gefunden. Zumal die Bedingungen, die der König an die Uebernahme des Kongostaates durch Belgien knüpft, haben verursacht, daß in deutlicher Sprache auf die Gefahren hingewiesen wird, die dem Lande durch derzeitige Uebernahme des Kongo erwachsen würden. So stellt der König z. B. die Erhaltung der Staats- und Kronomäne, die ihm bis jetzt das hübsche Sümmchen von 70 Millionen eingetragen hat, als unantastbare Einrichtung hin, deren Etzträge unter keinen Umständen geschmälert werden dürfen!

Nun hat die Kongoverwaltung bekanntlich seit 12 Jahren kein Budget veröffentlicht, und das Land, das nach einer testamentarischen Verfügung des Königs den Kongo einst annektieren soll, hat nicht den geringsten Einblick in die finanzielle Lage der Kolonie, aus der Leopold wohl persönlich die größten Vorteile zieht, die er aber von Jahr zu Jahr immer mehr mit Schulden belastet. Wird doch gegenwärtig die Schuldenlast des Kongostaates auf 100 bis 120 Millionen geschätzt! Angesichts all der Gründerzeiten, Machinationen und der ganzen dunklen Finanzwirtschaft Leopolds, für die kein Parlament und keine Regierung die Verantwortung trägt, werden überall Bedenken betrefend der künftigen Uebernahme des Kongostaates laut.

Was besagen neben der Wahrung der wichtigsten Forderungen die paar halben Reformen, für deren Verwirklichung zudem unter dem Leopoldischen System nicht die geringste Garantie gegeben ist!

Ueber die Verwendung der 150 Millionenanleihe „für nützliche Einrichtungen und für Eisenbahnen“ wird — nach der Zeigerung des Königs, das Budget zu veröffentlichen — die Öffentlichkeit genau soviel erfahren, wie über die übrigen Millionen, die Leopold seit der Errichtung des Kongostaates aufgenommen hat. Aber man wird weiter über allerlei Gründerzeiten und Ankäufe, über die Ausführung von geschmacklosen Bauwerken, von Triumphbögen und etlichen phantastischen Plänen erfahren — was übrigens bei manchen sonderbaren Schwärmern eine Art patriotischer Freude erzeugt, weil die den Regern ausgeprochenen Millionen „Belgien zugute kommen“. Aber die ersten, in die Zukunft schauenden Gemüter fühlen sich beunruhigt, weil sie mit Recht befürchten, daß das Land die Phantasten und Kapricen des Königs, seinen Eigendünkel und Starrsinn eines Tages zu büßen haben wird.

Die Regierung wird jedenfalls im November zu der durch den Brief und das Testamentlobzettel des Königs geschaffenen Sachlage Stellung zu nehmen haben, und die Frage der Annexion wird entsprechend der absolutistischen Erklärung des Königs ihre Verlesung in der Kammer finden. Als vorläufig sicheres Ergebnis der „Reformfreundlichkeit“ des Königs bleibt indes nur die 150 Millionenanleihe. Das Los der Reger wird — auch wenn wirklich ein Teil der Reformen durchgeführt werden sollte — durch die neuen Dekrete nicht wesentlich geändert werden.

An dem erträglichen, von Leopold geschützten und gestützten System wird in Belgien nichts geändert. Und damit verbleiben die armen Schwarzen einstweilen noch in ihrer alten Sklaverei.

Erst wenn die Sozialisten aus Ruber kommen, wird die Stunde der Erlösung auch für die unglücklichen Kongo-Regen schlagen.

Hus der Partei.

„Lokalistische“ Sonderhändel.

Die „Einigkeit“ beschäftigt sich in ihrer letzten Nummer wiederum in zwei langen Artikeln mit der Haltung des Parteivorstandes und der Stellungnahme des „Vorwärts“ zur Frage des Massenstreiks.

Dem ersten Artikel liegt folgender Gedankenengang zugrunde: Der Parteivorstand hat, das gibt er ja selbst in seinen Erklärungen zu, in der Besprechung mit der Generalkommission erklärt, daß er nicht die Absicht habe den politischen Massenstreik zu „propagieren“. Damit hat der Parteivorstand sich in Widerspruch mit der Jenaer Massenstreikresolution gesetzt und den Wünschen des Kölner Gewerkschaftskongresses Rechnung getragen. Hat doch Bismarck in der Begründung seiner Resolution gesagt: „In der deutschen Gewerkschaftsbewegung haben wir dafür zu sorgen, daß die Diskussion verschwindet und daß man die Lösung der Zukunft dem gegebenen Augenblick überläßt.“ Indem der Parteivorstand erklärte, nicht den politischen Massenstreik propagieren zu wollen, hat er vor der Richtung Bismarck kapituliert und die Jenaer Resolution verleugnet.

Nun hat es zwar der „Vorwärts“ so hingestellt, als ob der Parteivorstand nur erklärt habe, er wolle den politischen Massenstreik nicht proklamieren, ausführen. Aber das ist nur eine Ausrede, denn, das heßt ja auch der „Vorwärts“ hervor, im Februar dachte ja gar kein Mensch an den Eintritt in den Massenstreik. Wozu brauchte da der Parteivorstand die doch ganz überflüssige Erklärung abgegeben, daß auch er nicht den Massenstreik zu indizieren gedenke!

Das Wort „propagieren“ in der Erklärung des Parteivorstandes kann also nicht den Sinn von proklamieren haben, sondern muß so aufgefaßt werden, daß der Parteivorstand erklärte, er wolle künftig überhaupt jede Propaganda für den Massenstreik-Gedanken unterlassen. Deshalb ist es auch unwahrscheinlich, daß der Parteivorstand davon gesprochen hat, nur „gegenwärtig“ nicht den Massenstreik propagieren zu wollen.

Der Parteivorstand hat sich also durch die Haltung der Gewerkschaften dahin beeinflussen lassen, „nicht nur für den gegebenen Moment, sondern die Propaganda des Massenstreiks sowie diesen selbst für alle Zeiten zu verhindern“.

Dies der Gedankenengang des ersten Artikels der „Einigkeit“. Die Beweisführung ist, wie man sieht, eine so verwegene, ja geradezu kampflos, daß man über den Mut der Redaktion staunen muß, ihren Lesern derartiges zu bieten.

Besonders originell ist es, daß die „Einigkeit“ gerade aus der von ihr zugegebenen Tatsache, daß im Februar bei den Massenpartei gar keine Stimmung für einen Eintritt in den Massenstreik vorhanden war, dem Parteivorstand einen Strich zu drehen sucht! Die sonstigen Kritiker machen dem Parteivorstand den Vorwurf, er habe gebremst und abgewiegelt und die zur Tat bereite Stimmung der Massen verkauft. Die „Einigkeit“ dagegen glaubt selbst, daß im Februar in den Massen in der Tat keine Neigung für einen Massenstreik vorhanden gewesen sei. Wie habe da der Parteivorstand überhaupt mit der Möglichkeit eines Massenstreiks rechnen und für einen ganz abgeschlossenen Fall mit der Generalkommission Abmachungen treffen können! Eine Abmachung im Februar über einen Massenstreik,“ sagt die „Einigkeit“, „wäre durchaus möglich, ja geradezu sinnlos gewesen.“

Der arme Parteivorstand, er kann es keinem seiner verehrten Kritiker recht machen! Nach Ansicht der einen hätte er im Februar den Massenstreik zur Tat werden lassen müssen, nach Ansicht der anderen — und zu diesen gehört die „Einigkeit“ — hätte er auch nicht einmal mit der bloßen Möglichkeit des Massenstreiks rechnen dürfen!

Nun, der Parteivorstand ging seinen eigenen Weg. In der Besprechung mit der Generalkommission versicherte er zwar, daß es ihm fernliege, in der gegenwärtigen ungeeigneten Situation für den Massenstreik zu propagieren, aber er trug doch, bedachsam und vorsichtig wie er nun einmal ist, auch für den unwahrscheinlichen Fall Rücksorge, daß es gleichwohl im Augenblick zu einem Massenstreik kommen könne. Dann sollten die Gewerkschaften, wenn sie sich auch offiziell nicht für den Streik engagierten, der Aktion wenigstens nicht in den Rücken fallen und die späteren Opfer des Kampfes materiell unterstützen.

Man kann ja nun die ganze Besprechung des Parteivorstandes für überflüssig halten; wie man es aber fertig bringen kann, ihn darauf einen schweren Vorwurf zu machen, das zu beargreifen fällt einem normalen Hirne schwer!

Da kann man sich frampfen an das Wort „propagieren“. Propagieren sei doch nicht proklamieren! Ja, zum Donnerwetter,

wenn ich in einer kritischen Situation den Massenstreik „propagiere“, so heißt das nichts anderes, als seine direkte Anwendung empfehlen! Gegen ein bloßes Diskutieren, ein theoretisches Erörtern des Massenstreiks hätte natürlich auch damals der Parteivorstand nichts einzuwenden gehabt.

Aber die „Einigkeit“ läßt sich von ihrer fixen Idee nicht abbringen: Der Parteivorstand soll die Jenaer Resolution feierlich abgeschrieben und alle fernere Propaganda des Massenstreiks verhindern zu wollen erklärt haben, und das freiwillig, unangefordert, und just der Generalkommission gegenüber!

Dieser Gedanke grenzt wirklich an Überwitz. Selbst das Unmöglichste angenommen, Debels Ansichten über den Massenstreik hätten sich binnen vier Monaten total gewandelt: würde es selbst dann nicht das allerdümmste gewesen sein, schleunigst zur Generalkommission zu laufen und ihr reumütig und bußfertig seine Belehrung zur Auffassung des Kölner Gewerkschaftskongresses zu beichten?!

Daß einzelne Gewerkschaftler der Erklärung des Parteivorstandes, er denke in der momentanen Situation nicht an die „Propagierung“ des Eintritts in den Massenstreik, so gedeutet haben, als konzentrierte sich der Parteivorstand rückwärts, ist ja betäubend genug, aber doch verständlich. Diese Leute hatten den Inhalt der Rede Debels und den Sinn der Jenaer Resolution ebenso wenig begriffen wie ja bekanntlich auch einige Parteiredakteure, und deshalb angenommen, es solle nach dem Wunsch des Parteivorstandes gleich mit Pauken und Trompeten in den Massenstreik hineingehen. Daß der Parteivorstand die augenblickliche Lage ebenso nüchtern beurteilte wie sie selbst, verblüffte sie und verführte sie zu der grundirrigten Auffassung, der Parteivorstand, speziell Debels, habe seine Ansichten seit Jena geändert. Aber nicht Debels Auffassung hatte sich geändert, sondern die Personen, die ihm etwas derartiges zuranken, hatten trotz Jena einfach nichts hinzugelernet.

Aber genug, übergenug davon. Für diejenigen, die unsere früheren Darlegungen mit Aufmerksamkeit gelesen haben, sollten die Akten über den Fall Parteivorstand und Massenstreik endlich geschlossen sein. Wer aber auf die Autorität und Vertrauenswürdigkeit des Anarchisten A. Kleinlein und ähnlicher gleich berufener Parteikritiker hin unbedingt so verdiente und bewährte Parteigenossen wie die Mitglieder des Parteivorstandes für politische Chamäleons und obendrein für geradezu hemmelsehnsüchtige Schwachköpfe halten will, dem mag auch das unbenommen bleiben!

Jedoch verdient der zweite Artikel der „Einigkeit“ noch einige Randbemerkungen. In diesem Artikel sucht die Redaktion die Veröffentlichung des berüchtigten A. K.-Artikels zu entschuldigen. Dieser Artikel sei in aller Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt und deshalb ungefährlicher, als Abmachungen hinter verschlossenen Türen. Nun, bisher sagten doch gerade die „Lokalorganisierer“ ihren Stolz daran, nicht der „Neutralität“ zu huldigen, sondern ihre Organisationen mit sozialdemokratischem Geiste zu erfüllen. Wenn sie jetzt ihre Organisationen und ihre Presse zum Tummelplatz für anarchistische Quertreibereien machen wollen, so ist das allerdings ihre Sache; nur mögen sie sich dann ja nicht mehr auf ihre Verdienste um die sozialdemokratische Partei berufen!

Die „Einigkeit“ gesteht uns übrigens das Recht zu, unsere Meinung über den Inhalt aller Blätter zu sagen, die sich als sozialdemokratische oder sozialistische bezeichnen. Auch sie wolle sich unserer Kritik unterwerfen, wenn wir nur auch Kritik an denjenigen Parteiblättern übten, die, wie das „Vorkämpfer“ und die „Nächtsische Volkstimme“, die Lokalorganisten heftig angegriffen. Nun, wir dachten, daß und die „Einigkeit“ geradezu dankbar sein sollte für den Abdruck dieser Behauptungen, die ihr zeigen, welche Empörung sie durch ihre neuerlichen anarcho-sozialistischen und nun gar anarchistischen Konfusionen und Quertreibereien gegen sich und die von ihr vertretene Sache hervorgerufen hat. Will sie diese Warnungen in den Wind schlagen, umso schlimmer für sie!

Unsere Stellung zu den „Lokalisten“ ist ja sicher auch der „Einigkeit“ nicht unbekannt. Wiederholt haben wir es ausgesprochen, daß wir, bei aller Verurteilung des Charakters der „Lokalorganisten“ als „historischer Gebilde“, die gewerkschaftliche Zerplitterung für verderblich und verwerflich halten, und daß es unserer Auffassung nach besser wäre, wenn die „Lokalisten“ ihre Opposition gegen die gewerkschaftliche Ueberneutralität im Rahmen der Zentralorganisationsstellung zu machen suchten. Statt diese Wohnungen zu beachten, haben die „Lokalisten“ noch obendrein in politischer Eigenbrödeli und Sonderhändel zu machen begonnen. Wir nahmen das bisher nicht allzu tragisch und glaubten, die wilden Umstände, die die Partei in ihrem Einigkeitstreben ja auch so manchem Parteiliteraten zubilligte, auch den theoretisch minder geschulten Proletariern bei ihren Abirungen nicht verzeihen zu dürfen. Aber alles hat seine Grenze. Sollte es der „Einigkeit“ Gruppe gefallen, sich selbst an der Spitze der Partei zu stellen, so würde jedenfalls die Partei die Folgen dieser reinlichen Scheidung am allerwenigsten zu beklagen haben!

Ein nachdemwertes Beispiel geben die Parteigenossen in Bremen. Auf ihrem Gewerkschaftsfeste am vergangenen Sonntag gewannen sie für den sozialdemokratischen Verein 233 Mitglieder und für das Partielorgan 48 Abonnenten!

Literarisches.

Prostitution.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts ist vor einigen Wochen eine Schrift von Paul Kämpfmeier erschienen über „Die Prostitution als soziale Misserecheinung und ihre sozialpolitische Bekämpfung“, die geeignet ist, das stets zeitgemäße Thema der Prostitution wieder einmal in den Vordergrund des Interesses zu schieben. Um das gleich vorne zu nehmen, so erfüllt die Schrift nicht die Erwartungen, die ihr Titel erweckt. Es ist richtig, daß besonders der zweite Teil mit dem Titel eine Einschränkung bedeutet. Nur über die sozialpolitische Bekämpfung der Prostitution will K. handeln. Aber selbst mit dieser Einschränkung wird der aufmerksame Leser die Empfindung nicht los, als sei der Verfasser mit der Schrift nicht ganz fertig geworden, sondern habe sie aus irgend einem Grunde vorzeitig der Öffentlichkeit übergeben müssen. Das zeigt sich schon an Neubeziehungen, so z. B. am Stil, der durchweg den Eindruck

Des Unfertigen macht. Ebenso mangelt es der Disposition an Einheitslichkeit. Man sieht wohl die Ansätze zu einer einheitlichen Disposition, aber sie ist nicht durchgeführt.

Der Verfasser sucht zunächst die Frage zu beantworten, was unter Prostitution zu verstehen ist. Alsdann folgt — und dies ist das wertvollste Kapitel der Schrift — eine Darstellung der Ursachen, welche die Prostitution anrichtet. Daron sollte sich wohl eine Untersuchung der Ursachen und Quellen der Prostitution schließen, und als Weg dazu prüft A. die Maßnahmen, welche der Staat bisher gegen die Prostitution getroffen hat.

Die Unwirksamkeit der staatlichen Maßnahmen könnte ihn folgerichtig zu dem Nachweis führen, daß der Staat die wahren Ursachen des Übels verkennt, was zur Erforschung der wahren Ursachen hinüberleiten könnte. Hier aber bricht er aus irgend einem Grunde ab, und in dem Bewußtsein, bei gerader Fortsetzung des logischen Weges nicht Zeit zur Vollendung zu haben, fühlt er sich gedrängt, Teilverordnungen, die sich ihm bei Betrachtung von Teilverordnungen als wertvoll ergeben haben, gleich mit anzubringen, um sie nicht unter den Tisch fallen zu lassen.

Dies führt zu einem gewissen Durcheinander von Einzelvorschlägen zur Besserung und weiteren Teilerforschungen der Ursachen und ergibt einen Mangel an Uebersichtlichkeit, der die Lektüre sehr erschwert. Es fehlt die bei einem konsequent durchgeführten Gedankenengang immer vorhandene Spannung des Lesers, und wir fürchten, gar mancher wird das Buch nicht bis zu Ende lesen, was den Nutzen, den es trotz alledem bringen kann, leider beeinträchtigen wird.

Der Autor hat ein reichhaltiges Material über die Prostitution gesammelt, er hat Teile dieses Materials kritisch durchgearbeitet, es ist ihm aber nicht gelungen — vermutlich aus Mangel an Zeit — das ganze Material geistig zu durchdringen und zu beherrschen und einen in Darstellung und Schlussfolgerung einheitlichen Bau daraus herzustellen. So liefert seine Schrift eine reichhaltige und wertvolle Materialsammlung, es fehlt aber sozusagen das geistige Band.

Daß A. mit der Durcharbeitung nicht fertig geworden, ist um so bedauerlicher, als er unstrittig an verschiedenen Stellen die Erörterung des Problems über den Punkt, auf dem sie vor ihm stand, hinausgeschoben hat. Bisher begnügte man sich im wesentlichen mit der Feststellung, daß die Prostitution in ihrer heutigen Form und Massenhaftigkeit bedingt ist durch den Umstand, daß das Lebensalter, in dem ein Mensch eine Familie gründen und ernähren kann, immer weiter über die Zeit der Geschlechtsreife hinausgeschoben wird.

Der Naturtrieb, und zwar bei beiden Geschlechtern, wartet so lange nicht, und daraus ergibt sich das Bedürfnis nach außerordentlichem Geschlechtsverkehr. Damit ist, wie man sieht, die Prostitution noch nicht erklärt, denn der außerordentliche Geschlechtsverkehr kann sich auch in anderen Formen vollziehen, was in der Tat häufig geschieht. Deshalb wies man auf die gleichzeitige Zersetzung der Familie und die durch niedrige Entlohnung ihrer Arbeit auf Nebenberuf angezwungenen Frauen hin.

Die Prostitution tritt in den Distrikten mit kapitalistischer Produktion nicht überall und namentlich nicht in dem gleichen Stärkegrade auf. Eine Konzentration verschiedener sozialer Stufen auf einem Orte ist die Voraussetzung für die Entstehung der Prostitution. Die konzentrierte Bevölkerung der Städte ist daher vor allem der Nährboden der Prostitution. Städte mit einem einheitlichen sozialen Charakter jedoch, Städte, die nicht mit den verschiedensten sozialen Stufenelementen durchsetzt sind, halten die Prostitution in sehr engen Grenzen, zum Beispiel ausgeprochene Fabrikstädte mit nur geringen Prozentfächen von Angehörigen der großbürgerlichen Klassen, der Mittelklassen, der liberalen Berufsarten.

Der Gedanke ist unseres Wissens neu, und man wird zugeben, wenn er richtig ist, so kann er einen wertvollen Fingerzeig für die weitere Erforschung der Ursachen und damit für die Bekämpfung der Prostitution abgeben. Aber ob er richtig ist, das steht noch dahin. Das von A. hier über gebrachte Material reicht unseres Erachtens zu diesem Schlusse noch nicht aus.

Sehr viel ausführlicher wird von A. ein anderer Gedanke behandelt, der zwar nicht völlig neu ist, dem aber unseres Wissens sonst noch nicht die gleiche Aufmerksamkeit gewidmet worden ist, nämlich der Zusammenhang zwischen der Prostitution und der Zerrüttung der Familie. Hierüber verbreitet sich A. sehr eingehend und das Material, das er hierüber beibringt, reicht u. E. völlig aus. Es bringt ihn zu dem Schlusse, daß eine Wurzel des Übels in dem Verderb der jugendlichen Mädchen liegt, die herbeigeführt wird durch die Zerrüttung der Familie.

Wo der Vater oder die Mutter oder beide Eltern nicht leben, oder wo sie nicht zusammenleben, oder wo die Kinder nicht dauernd und regelmäßig bei den Eltern leben — kurz, überall da, wo die Familie nicht regelmäßig und normal funktioniert, da sind — das lehren die Tatsachen mit grauamer Schärfe — die Töchter viel mehr als in anderen Familien der Gefahr ausgesetzt, der Prostitution anheimzufallen. Von hier aus rekrutiert sich immer wieder das Heer der Prostituierten, und deshalb hat A. recht, wenn er als eines der wichtigsten Mittel gegen die Prostitution den Schutz der Jugendlichen, die aus zerrütteten Familien stammen, bezeichnet.

Was er sonst vorschlägt, läßt sich zum Teil hören — so die Ruhbarmachung der Krankenfassen im Kampfe gegen die Prostitution —, zum Teil fordert es die schärfste Kritik heraus — so das ganze 6. Kapitel: „Die wohnungsgesetzliche Bekämpfung der Mißstände der Prostituiertenwohnungen“, das schließlich nur darauf hinausläuft, diejenigen Bestimmungen, die heute die Polizei trifft, von Gesetzes wegen festzusetzen. Ihre völlige Unwirksamkeit, die A. vorher treffend geschildert, würde dadurch wohl in keiner Weise geändert werden, denn sie liegt keineswegs an der polizeilichen Willkür, sondern daran, daß man dem Uebel mit solchen Verordnungen überhaupt nichts anhaben kann. Sie schlagen stets nur in Schiffanierung teils der Prostituierten, teils der anhängigen Leute um. Ueberhaupt scheint A. noch eine viel zu hohe Meinung von der Wirksamkeit von Gesetzen zu haben. Das zeigt sich auch in dem 5. Kapitel über die Krankenfassen, im 9. Kapitel über staatliche Zufluchtstätten für erwachsene Prostituierte usw. So z. B. schreibt er (S. 78): „Denn man die Krankenversicherung gesetzlich auf alle Personen mit einem Einkommen bis zu 3000 M. aus, so hat man mit dieser Bestimmung auch die öffentlichen Mädchen und namentlich die gefährlichen geheimen Prostituierten und Gelegenheitsprostituierten der Krankenversicherung eingegliedert.“

Das „e“ in der Mitte.

Die „Deutsche Tageszeitung“, nach ihr natürlich auch die „Post“, stellen sich darüber eintrüffelt, daß unser Genosse Weber in der neulichen Verhandlung wegen angeblicher Beleidigung eines Bismarckers Sivers ohne „e“ hervorgehoben hatte, daß nicht über diesen Sivers ohne „e“, sondern über einen der Dugend Sivers mit „e“ der „Vorwärts“ zutreffende Mitteilungen gebracht hatte. Ist die Enttäuschung ehrlich, so sind endlich die Leuten entdeckt, die den Unterschied zwischen „Jungfrau“ und „Junge Frau“ immer noch nicht kennen. Hätten die ehrbaren Organe der Schlot- und Krautbarone den Inhalt der Gerichtsverhandlung Sivers wider Weber zutreffend mitgeteilt, so wähten ihre Leser, daß auch über den Sivers ohne „e“ reichlich belafendes Material vorgeführt wor. In der nächsten Verhandlung „Bismarck vor Gericht“ könnten sie recht erbauliche Dinge kennen lernen.

Proseß Liman.

Der Beleidigungsproseß des antisemitischen Schriftstellers Liman gegen die Genossen Kressin, Wehring und Seeger ist von dem Amtsgericht Leipzig vor der Verhandlung, die auf gestern wie wir schon mitteilten, anberaumt war, von Amts wegen auf den 29. August vertagt. Unsere Genossen, deren Kritik dem Liman mißbehagte, müssen deshalb den Genuß verschieben, vor Gericht die Wirksamkeit des Klägers zu beleuchten.

Unter aller Kritik?

Genosse Donath, verantwortlicher Redakteur des „Hannoverschen Volkswille“, wurde dieser Tage zu 300 M. Geldstrafe verurteilt, weil unser Bunderorgan ein Urteil des Rotburger Gerichts scharf kritisiert hatte. Durch jenes Urteil war, wie erinnerlich sein wird, ein Lehrer, der ein dreizehnjähriges, sehr kurzichtiges und schwächliches Mädchen demohän „gezüchtigt“ hatte, daß der mehrere Monate danach eingetretene Tod der Kleinen höchstwahrscheinlich auf diese „Züchtigung“ zurückgeführt werden muß, zu einer Geldstrafe von 150 M. verurteilt worden. Das Rotburger Gericht, das die rohe Tat jenes Lehrers so milde gestraft hat, ist durch außerordentlich harte Strafen, die es im Vergarbeiterproseß und in dem Dicken-Beleidigungsproseß gegen unsere Genossen Schadow und Vuder verhängte, in weiteren Kreisen belannt geworden.

Der Staatsanwalt wollte die Kritik als Verleumdung mit sechs Monaten Gefängnis geahndet wissen. Der Angeklagte legte dar, daß er in Wahrnehmung berechtigter Interessen schärfe, aber gerechte Kritik geübt habe. Das Gericht erkannte auf 300 M. Geldstrafe. Den Schuß des § 193 St.-G.-B. lehnte es ab. Unser Genosse hat selbstverständlich gegen das Urteil Revision eingelegt. Das wäre ja noch besser, wenn die Kritik von Urteilen nicht unter dem Schuß des § 193 Strafgesetzbuches stünde! § 193 Strafgesetzbuches schließt ausdrücklich u. a. tabulnde Urteile über wissenschaftliche, künstlerische oder gewerbliche Leistungen gegen Beleidigungsanklagen. In den wissenschaftlichen Leistungen rechnet auch das Reichsgericht noch so falsche Urteile. Würde man auf einem anderen Standpunkt stehen, so würde man ja indirekt zugeben: gerichtliche Urteile ständen unter freier Kritik. Das wäre eine Gerabekung des Wertes gelehrter Urteile, gegen die wir uns entschieden wenden müssen, so gering wir auch den Gehalt der übermeisten Urteile leider bewerten müssen.

Die Ungültigkeit der bedingten Kündigung.

Die Anerkennung einer Art bedingter Kündigung versuchte gestern vor der zweiten Kammer des Kaufmannsgerichts die Dützenfabrik von Danstein u. Freund durchzuführen. Die Firma hatte den Stadtreisenden Anton A. mit 100 M. Gehalt und 2 Proz. Provision gegen monatliche Kündigung engagiert. Nach zweimonatlicher Tätigkeit, am Ende Januar, sagte bei der Gehaltszahlung der Prinzipal zu A.: „Wenn Sie sich im Februar nicht bessern, dann machen wir Schluss miteinander.“ Am Ende Februar war nun der Firmeninhaber der Ansicht, daß die als Bedingung für ein weiteres Verbleiben aufgestellte Besserung des Reisenden nicht eingetreten war und verlangte von A. am 1. März die Einstellung seiner Tätigkeit. Der Stadtreisende forderte 80 M. entgangenen Arbeitsverdienst und führte aus, daß er die Abkehrung des „Schlussschadens“ nicht im Sinne einer Kündigung aufgefaßt, am allerwenigsten aber daran gedacht habe, daß dies eine bedingte Kündigung per 1. März sein sollte. Die belangte Firma machte dagegen geltend, daß sie den Klager unbedingt behalten hätte, wenn seine Erfolge im Februar zufriedenstellend gewesen wären. — Das Kaufmannsgericht erachtete der allgemeinen Rechtspredung folgend eine derartige bedingte Kündigung für rechtlich ungültig. Der Hinweis der Beklagten: Wenn Sie sich nicht bessern, dann machen wir Schluss, sei nicht als eine Kündigung im Sinne des Gesetzes anzusehen, die Beklagte wolle es im Gegenteil erst von den Erfolgen des Klägers im Februar abhängig machen, ob sie ihn weiter behalten wolle. Bei negativem Erfolge hätte sie den Klager am 1. März zum 1. April kündigung können.

Bürsorgeerziehung.

Wegen Vergehens gegen das Fürsorgeerziehungsgesetz vom 2. Juni 1900 war vor der Strafkammer des Landgerichts Berlin I die 23jährige Arbeiterin Margarete Baruth angeklagt. — Durch Beschluß des Amtsgerichts I ist bezüglich des jetzt 19jährigen Bruders der Angestellten die Fürsorgeerziehung angeordnet worden. In der städtischen Zuchthausanstalt zu Lichtenberg unternahm er wiederholt Fluchtversuche. Trotzdem aber wurde dem Erfuchen der Angestellten stattgegeben, ihren Bruder an der am 20. März stattfindenden Vererdigung der Mutter auf dem Reinindorfer Friedhof teilnehmen zu lassen. In Begleitung eines Wärters erschien der Fürsorgezögling auch an dem Grabe der Mutter — um hier sofort einen Fluchtversuch zu unternehmen. Dem Transporteur blieb schließlich nichts weiter übrig, als dem jungen Burschen einen Handnebel anzulegen, um weitere Fluchtversuche zu vereiteln. Vor dem Friedhof kam es später zu einer wüsten Szene. Die Angestellte hatte mehrere ehemalige Freunde und Komplizen benachrichtigt, um mit deren Hilfe ihren Bruder gewalttätig zu befreien. Auf dem Wege zum Bahnhof wurde der Wärter Kugelman von einer Reihe junger Leute verfolgt. Plötzlich sprang die Angestellte auf ihren Bruder los und versuchte ihn dem Wärter zu entreißen. Dies war das Zeichen zu einem allgemeinen Angriff. Der Transporteur wurde umringt und zu Boden geschlagen, während der Fürsorgezögling mit seinen Helfershelfern die Flucht ergriff. Nur durch das tatkräftige Einschreiten des eigenen Bruders der Angestellten konnte der Transporteur vor weiteren Mißhandlungen geschützt werden. Der Fluchtling konnte sich indessen nicht allzu lange der goldenen Freiheit erfreuen. Kurze Zeit darauf wurde er auf dem Bahnhof Alexanderplatz wieder festgenommen. Es gelang ihm jedoch wenige Tage später ein erneuter Fluchtversuch. Vor wenigen Tagen wurde der Fluchtling in Emden wieder verhaftet, wo er sich auf einem Schiff verdingt hatte. — Vor Gericht bestritt die Angestellte jede Schuld. Der Staatsanwalt beantragte, da sie auf diesem Gebiete noch nicht vorbestraft ist, eine Geldstrafe von 50 M. Das Gericht ging jedoch über diesen Antrag hinaus, da es sich doch um einen ziemlich mißlichen Erzh handelte, der leicht größere Dimensionen hätte annehmen können. Das Urteil lautete deshalb auf eine Woche Gefängnis. — Welchen Zweck hat das bureaukratische Jagen und Wiederereinfangen des jungen Menschen, der, wie seine Verdingung zeigte, doch ehrliche Arbeit suchte? Die gegen die Schwester erkannte Strafe erscheint außerordentlich hart.

Schuldlosigkeit gegen Nachdruck?

Der Reichstagsabgeordnete J. Fusanget hatte in seinen Blättern zwei Romane von Erich Friesen (Frau Adele Wötcher) widerrechtlich nachgedruckt. Trotzdem wurde er vor der Straf-

kammer des Landgerichts Essen-Nord freigesprochen, weil er dem Gericht glaubhaft machte, er sei zur Zeit dieser widerrechtlichen Nachdrucke (8 Monate lang) verreist gewesen und die Vergehen seien von seinen Vertretern: seiner Frau, Tochter und dem Schwiegerjohn begangen worden.

Erich Friesen stellte nun Strafantrag gegen Frau, Tochter und Schwiegerjohn des J. Fusanget. Diese wieder befundenen bei ihrer Vernehmung, daß sie zur Zeit der Vergehen mit dem Fusangetischen Verlag gar nichts zu tun gehabt hätten, daß sonach J. Fusanget selbst die widerrechtlichen Nachdrucke begangen habe.

Wie bei der Freisprechung des J. Fusanget das Essener Gericht dem J. Fusanget glaubte, so glaubte bei dem neuerlichen Strafantrag die Dager Staatsanwaltschaft der Frau Fusanget und sah von der Strafverfolgung ab.

Erich Friesen hat Beschwerde bei der Oberstaatsanwaltschaft in Hamm erhoben. Mit einem Zivilproseß könnte sie trotz der ablehnenenden Strafbefehle Schadenersatzansprüche wegen des Nachdrucks geltend machen.

Allgemeine Gültigkeit der Verordnung über Billetthandel.

Das Kammergericht stimmte am Donnerstag einem Urteil des Landgerichts zu, wonach die Berliner Polizeiverordnung vom 22. Februar 1890, betreffend das Festhalten von Billetts vor Theatern und Zirkussen sowie deren Verkäufen, nicht nur die gewerblichen Händler trifft, sondern auch jeden anwesenden. Es billigte die Beurteilung eines Herrn Robn, der Theaterbillets, die er und seine Angehörigen benutzen wollten, aber aus bestimmten Gründen am fraglichen Tage nicht benutzen konnten, am Theater Fremden zum Kauf angeboten hatte. Der stellvertretende Vorsitzende v. Wartenberg führte aus, die Annahme, daß die Verordnung nur den gewerblichen Handel treffen wolle, werde weder durch ihren Wortlaut, noch durch ihren auf Erhaltung der Leichtigkeit und Sicherheit des öffentlichen Verkehrs gerichteten Zweck gerechtfertigt.

Die Wahlen der Arbeiterausschüsse in Bergwerken sind öffentliche Angelegenheiten.

So entschied das Kammergericht in einem Proseß wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes, der gegen die Bergleute Vardorfsky und Schittel von der „Rathildengrube“ bei Reuthen angestrengt worden war. Sie wurden beschuldigt, als Redner in einer nicht angemeldeten Versammlung von etwa 200 Arbeitern der „Rathildengrube“ aufzutreten zu sein, welche zur Erörterung und Beratung öffentlicher Angelegenheiten bestimmt gewesen sei und deshalb nach § 1 des preussischen Vereinsgesetzes bei der Ortspolizeibehörde hätte angemeldet werden müssen. Die Versammlung vom 5. November 1905 diente der Besprechung der damals bevorstehenden Wahlen der Vertrauensmänner zum Arbeiterausschuß der genannten einzelnen Grube. Das Landgericht Reuthen in Oberschlesien verurteilte die Angeklagten wegen Uebertretung der §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes zu Geldstrafen von je 24 M. und führte aus: Das Gesetz vom 14. Juli 1905 (Novelle zum Allgemeinen Vereinsgesetz) treffe Bestimmungen über die Arbeiterausschüsse in Bergwerksbetrieben. Die Wahlen zu diesen Ausschüssen seien ein den Arbeitern verliehenes öffentliches Recht. Die Besprechung dieser Wahlen stelle sich deshalb dar als eine solche von politischen und damit von öffentlichen Angelegenheiten im Sinne des § 1 des Vereinsgesetzes. Die Versammlung hätte demnach angemeldet werden müssen.

Die Angeklagten legten Revision ein und rügten Verkennung des Begriffs der öffentlichen Angelegenheiten. Solche wären nach Urteilen des Kammergerichts nur die Angelegenheiten, welche das gesamte Gemeinwesen und das gesamte öffentliche Interesse betreffen, nicht aber Angelegenheiten bestimmter Arbeiter oder der Arbeiter eines bestimmten Betriebes.

Das Kammergericht unter Vorhitz des Herrn v. Wartenberg verwarf jedoch am 19. Juli die Revision mit folgender Begründung: Die Tätigkeit der Arbeiterausschüsse gemäß § 80 des Gesetzes vom 14. Juli 1905 erfolge im Interesse der staatlichen Arbeiterfürsorge. Den Ausschüssen seien Aufgaben dieser Arbeiterfürsorge übertragen worden. Darum seien die Wahlen zu den Arbeiterausschüssen öffentliche Angelegenheiten, wenn auch die einzelnen Ausschüsse nur für die einzelnen Betriebe gewählt würden. Die von den Angeklagten erwählte Entscheidung stehe dem nicht entgegen, da es sich in dem Falle nur um die Lohnverhältnisse auf der einzelnen Grube handelte.

Dieselbe Begründung, wenn eine Aneinanderreihung von Entschuldigungsgründen für irrtige Rechtsprechung den Rahmen einer Begründung tragen soll, trägt für jede noch so private Angelegenheit zu. Sie zeigt das Bestreben, alles, was auf Besserung der Arbeiterverhältnisse oder auf Wahrnehmung von Rechten der Arbeiter Bezug hat, unter Ansehung zu stellen. Die Arbeiterausschüsse sind übrigens kein Ausfluß einer Arbeiterfürsorge, sondern eine Institution, die in völlig ungenügender Weise den Arbeitern Gelegenheit gibt, einen Teil ihrer Privatrechte wahrzunehmen.

Schweineerei beim Wurstmachen.

Vor dem Schöffengericht in Rammheim stand am Freitag der Inhaber eines der ersten Metzgereischäfte am Plage, Adolf Kaiser, unter der Anlage, Abfallstoffe zu Wurstzwecken benwendet zu haben, das er als „Hundefutter“ aus der Fettschmelze des Schlachthofes bezog. Es handelt sich um die Teile, die vor dem Verkauf der Häute von denselben entfernt werden: Halshäute, Ohrmüscheln, Augen, After, Geschlechtssteile u. a. m. Nach den Aussagen der Metzgergeschellen Kaisers in der Verhandlung wurden diese auf dem Boden liegenden Teile im Auftrage Kaisers gesammelt und Montags und Donnerstags in einem Kübel abgeholt, abends in einem Kessel abgebrüht, am anderen Morgen fürteriert, die allerschlechtesten Teile aber nur als Hundefutter benwendet, der größte Teil aber lam in den Wurstkessel. Der Gutachter, Herr Medizinrat Dr. Angler, lam auf Grund dieses Beweisergebnisses zu der Anschauung, daß es sich nicht allein um schlechtes, sondern auch um verdorbenes, gesundheitsschädliches Fleisch handelte. Das Gericht erklärte deshalb seine Ungültigkeit, da nicht § 10, sondern § 12 resp. 14 des Nahrungsmitteigesetzes Platz zu greifen habe, für die nur die Strafkammer zuständig ist. Bezeichnend ist, daß einer der Metzgergeschellen, welcher es wegen dieser Vorgänge nur drei Tage bei Kaiser ausbielt, und der doch an manches gewöhnt ist, aus sagte, es habe ihn bei dieser Wahrnehmung ein solcher Ekel erfaßt, daß er nichts mehr habe essen können. Kaiser bestritt von Anfang bis zu Ende ein Vergehen im Sinne der Anlage.

Hus der Frauenbewegung.

„Freie Turner“ gegen Gleichberechtigung der Frauen.

Auf der Tagung des Deutschamerikanischen Turnerbundes in Newark, New Jersey, wurde bekannt gemacht, daß die Uebereinstimmung über die Frage: „Soll der Turnerbund in seinen Grundsätzen und Forderungen die bürgerliche Gleichberechtigung der beiden Geschlechter bekräftigen?“ — folgendes Resultat ergab: 3499 Rein und 2081 Ja! — Die Gegner der Frauenbewegung waren wieder in der Majorität wie seit Jahren schon. Den „freien Turnern“, meistens eingewanderte Deutsche, fällt es zum großen Teil noch sehr schwer, sich in der Frauenfrage zu einer höheren Anschauung emporzuschwingen. Sie halten mit deutscher Treue an den alten Vorurteilen fest. Die Beteiligung an der Abstimmung gilt als eine sehr schwache; viele mögen sich geschämt haben, nein zu sagen, waren aber andererseits nicht frei und aufgeklärt genug zu einem entschlossenen Ja.

Eine Versammlung der Zeitungsträgerinnen holte der Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter am Donnerstag nach dem Burgbogenischen Lokal einberufen. Bis zu 1000 Frauen, meist aus den Expeditionen der bürgerlichen Zeitungen, hatten sich zusammengesunden, um zunächst einem Referat der Ge-

hoffen A. Radeit zugewandt. Die Kulturaufgaben der Zeitungs-
 ansträgerinnen und wie erzieherisch dieselben ihr Recht lautete das
 Thema, welches Rednerin in einleitender Rede behandelte. In
 vorzüglicher Weise verstand es die Referentin, den aufmerksam
 lauschenden Frauen die Pflicht, sich zu organisieren, vor Augen zu
 führen und ermahnte dieselben am Schlusse ihrer Ausführungen reichem
 Beifall. In der anschließenden Diskussion wurden die Verträge der
 bürgerlichen Verleger, den Frauen das Koalitionsrecht zu be-
 schränken, in scharfer Form kritisiert. Besonders ist es die „Ber-
 liner Morgenpost“, resp. deren Mitbegründer, welche, wie in der
 Versammlung festgestellt wurde, die Frauen durch Schikane allerlei
 Art vor dem Eintritt in die Organisation gruselig machen wollen.
 Lebhaft kritisiert wurde ferner, daß die Frauen der „Berliner
 Morgenpost“ das Einlegen der Beilagen auf offener Straße oder
 unter den Haustüren erleiden müssen. Von den ziemlich zahlreich
 erschienenen Mitbegründerinnen hatte sich nur ein Herr zum Worte ge-
 meldet, der schließlich noch auf sein Wort verzichtete. Bemerkens-
 wert ist noch, daß ein Herr Wolf, welcher sich als Vorsitzender der
 Mittelstandsgruppe vorstellte, die Versammlung durch einen förmlichen
 Vortrag, welcher die Frauen vor dem Eintritt in den Verband ab-
 schrecken sollte, erheiterte. Bis zu 100 Frauen schlossen sich der
 Organisation an, so daß man mit dem Erfolge der ersten Ver-
 sammlung zufrieden sein kann.

Die Versammlung nahm zum Schluß eine Resolution an, in
 welcher gegen die Unterbindung des Koalitionsrechtes seitens der
 Zeitungsverleger protestiert wird und die Versammelten den Zentrals-
 verband der Handels- und Transportarbeiter als ihre Berufs-
 organisation anerkennen und versprechen, für den Anschluß an
 diesen propagieren zu wollen.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Neues Königl. Operntheater. Sonntag: Carmen. Montag:
 Cavalleria rusticana. Der Bajazzo. Dienstag: Nignon. Mittwoch:
 Carmen. Donnerstag: Nignon. Freitag: Carmen. Sonnabend: La
 Traviata. Sonntag: Carmen. Montag: Nignon.

Reising-Theater. Sonntag und die folgenden Tage: Die lustige
 Witwe.

Schiller-Theater O. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Die Hausbesitzer.
 Abends: Der Freischütz. Montag: Der Wassermühlbauer. Dienstag:
 Der Trompeter von Säckingen. Mittwoch: Carmen. Donnerstag: Der Troubadour.
 Freitag: Der Postillon von Lonjumeau. Sonnabend: Der Freischütz.
 Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Freischütz. Abends: Carmen. Montag:
 Unbestimmt.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelm-Schauspielhaus) Sonntag
 und die folgenden Tage: Jaspisring.

Berliner Theater. Sonntag und die folgenden Tage: Eberhard
 Polheim.

Lustspielhaus. Sonntag und die folgenden Tage: Unsere Räte.
Komische Oper. Sonntag und die folgenden Tage: Hoffmanns
 Erzählungen.

Kleines Theater. Sonntag und die folgenden Tage: Die Juden.
Carl Weich-Theater. Sonntag und Montag: Sündige Liebe. Dienst-
 und die folgenden Tage: Nihil.
Reichshallen-Theater. Gastspiel Winter Tymian mit seiner be-
 rühmten Herrengesellschaft.
Metropol-Theater. Auf — ins Metropol!
Hypoko-Theater. Sonntag und die folgenden Tage: Berlin im
 Omnibus. Spezialitäten.
Vossage-Theater. Abends: Spezialitäten.
Urania-Theater. Tautendstraße 48/49. Sonntag bis Sonnabend: Der
 längste Ausbruch des Besatz.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet wöchentlich von 7½ bis 9½ Uhr
 abends statt. Gedruckt 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um
 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Vorschub und eine Zahl als Dreizeichen
 einbringend. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

A. M. 2. Die Höhe der Unterhütung richtet sich nach dem Kranken-
 lassensatz. Im Vorstand der Krankenkasse wird Ihnen jedenfalls Bescheid
 gesagt. — **S. Schönleberstraße.** 1. In fünf Jahren. 2. Ja, eine
 Heilungsmöglichkeit ist zulässig. 3. Eine Verjährung für Aufnahme in Straf-
 listen usw. gibt es nicht. — **G. H. 47.** Ja. — **G. 2. 101.** 1. Ein
 allgemeines Mittel gegen Genauefall gibt es nicht, wenden Sie sich an
 einen Arzt. 2. Im Oktober. — **R. P. 101.** 1. Rein. 2. Ueber schwebel-
 hafte Geschäfte der betreffenden Gesellschaft ist uns nichts bekannt.
 — **P. W. 7.** Die Sachen hatten in erster Reihe den Wert.
 Sie mühten veruchen, eine Einigung herbeizuführen. — **M. M. Rein.**
 — **C. S. 100.** Der Witwe steht die vorzeitige Kündigung des Miet-
 vertrages, den nur der Ehemann unterschrieben hatte, in der Weise zu, daß
 sie bis am 3. des auf den Tod folgenden Quartals zum Quartalschluß
 kündigen kann. Ist der Ehemann im Quartal Juli-September verstorben,
 so kann also die Witwe bis am 3. Oktober die Wohnung zum 1. Januar
 kündigen. — **Zwei Wettende.** Durch elektrische Entladung. — **A. 3. 12.**
 Ihre acht allgemeinen Fragen lassen sich, ohne sehr erheblichen Raum in An-
 spruch zu nehmen, nicht beantworten. Schildern Sie den Fall, der Sie
 betrifft und hängen Sie daran die Fragen. — **H. B. 29.**
 1. Innerhalb sechs Wochen nach Kenntnis des vorher unbefamten
 Umstandes kann die Ansetzungsfrage erhoben werden. 2. Rein.
 — **P. G. 71.** 1. Die Firma würde mit Erfolg auf Zahlung klagen können.
 2. Der Firma steht das Zurückbehaltungsrecht leider zu. — **P. W. 100.**
 Ja, bis zum Jahre 99. — **H. B. 202.** 1. Ein Mann kann nach ge-
 schiedener Ehe ohne Einhaltung einer Wartezeit wieder heiraten. Für eine
 Frau besteht eine zehnmonatliche Wartezeit, von der sie aber durch das
 Gericht dispens erhalten kann. 2. Der Ehemann ist stets verpflichtet,
 Alimente für seine Kinder zu zahlen, falls er sie nicht selbst unterhält.
 — **M. 2. 100.** Leider sind Sie zur Zahlung verpflichtet, es sei denn, Sie
 sind noch nicht volljährig (21 Jahr). Wir haben wiederholt darauf gemahnt,
 derartige Absahmsverträge zu unterschreiben, ohne sie genau gelezen zu haben.
 — **C. P. G. W. P. 18. W. P. 7. D. Ja.** — **H. B. 100.** Beide gleich viel.
 — **C. W. 100.** Rein. — **R. P. 16.** 1. und 2. Rein. 3. Einbehaltung ist
 unzulässig. — **H. W.** Das wird für zulässig gehalten. — **P. B. 99.**
 Wenn Sie nicht eingetragen sind, können Sie Rückgabe verlangen.
 — **Zahnte.** 1. Das ist möglich. 2. und 3. Rein. — **1841 Flug-
 strafe.** Der Lohn kann in Ihrem Fall mit Beschlag belegt werden.
 — **Görberdorf.** Der Gemeindevorsteher hat recht. — **Z. 8. 32.**

1. Käufer Gütergemeinschaft. 2. In der Regel in 4 Jahren. 3. In 5 bis
 10 Jahren. — **G. S. 68.** Leider bleibt Ihnen nur die Möglichkeit, mit Zu-
 stimmung des Birts vorzeitig den Betrag zu lösen. — **Z. 3. 32.** So-
 weit ersichtlich: nein. — **R. 20. 103.** Da ein Prozeß von dem un-
 gegünstigen Gutachten eines Sachverständigen abhängt, so raten wir zur Zahlung.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen
 Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 70-74 pr. 100 Pfd.,
 Ia 64-69, IIIa 58-62, IVa 52-56, englische Bullen 0,00, dänische
 Bullen 0,00, holländische Bullen 0,00, Kalbfleisch, Doppelländer 100-110,
 Ia 84-90, IIa 74-82, IIIa 62-72. Hammelfleisch Ia 77-82, IIa 68-76,
 Schmeinefleisch 63-69. Rebhühner Ia p. Pfd. 0,60-0,54, IIa 0,30-0,50,
 Rotwild Ia m. Wildschafschaff p. Pfd. 0,60-0,67, IIa 0,00. Damwild 0,66,
 Wildschweine p. Pfd. 0,35, Ferkellinge p. Pfd. 0,45-0,50. Kaninchen p. Stüd
 0,40-0,70. Wildenten Ia per Stüd 0,80-1,35, IIa 0,50-0,65. Strickenten
 per Stüd 0,40-0,65. Hühner, alle, per Stüd 1,40-1,75, junge, per Stüd
 0,65-1,01. Tausen, junge, per Stüd 0,40-0,53, alle 0,00. Enten, Ia p. Stüd
 1,70-2,40, junge Ia 1,35-1,90, alle, p. Stüd 0,00. Damburger, junge, p. Stüd
 2,75-3,15. Gänse, Ia, per Hund 0,60-0,68, per Stüd 3,80-5,00. Gänse
 per 100 Pfd. 96-112. Schlei 90-115. Stele 00. Kälse, groß 118-121, mittel 103
 bis 112, klein 0,00, ungl. 73-92. Biegen 0,00. Hundern, pomm. 1,
 per Schoß 0,00. Kieker, Strige Ia 4-6, do. mittel per Riste 2-3,
 do. klein per Riste 0,00. Dacklinge, engl. per Ball 4-5. Klei 2-4,50,
 Straußbänder 5-6. Kälse, groß pro Pfd. 1,10-1,30, mittelgroß 0,80-1,00,
 klein 0,50-0,80. Feringe, per Schoß 4-5. Schweißische Riste 2-4. Sardellen,
 1902er, per Anker 86,00, 1904er 85,00, 1905er 80,00. Schottische Volleringe
 1905 0,00, large 40-44, fall. 36-38, med. 35-42, deutsche 37-44.
 Feringe, neue Matjes, per %, Ia, 60-120. Hummern, Ia, 100 Pfd.
 0,00. Krebse, per Schoß, große 00, mittel 16,50-17, kleine 5,00, unfortiert
 8,00-11,50, Galfalier, mittel 0,00. Eier, Land-, per Schoß 2,80-3,30, Bunter
 per 100 Pfd., Ia 112-114, IIa 109-111, IIIa 102-105, abfallende 95 bis
 100. Saure Gurken, neue, Schoß 4-6, Pfeffergurken 4,50-5,00. Kartoffeln
 per 100 Pfd., neue runde 2,75-3,00, neue blaue 3,00-3,50, Rosen 2,00-2,50,
 neue Herbst 2,50-3. Spinat, per 100 Pfd. 12-15. Karotten, per Schoß 2,50 bis
 3,00. Kohlrabi, per Schoß 0,75-1,00. Rettig, bayr., per Schoß 2,40-4,80.
 Wabbarer, Hamb., per 100 Pfd. 0,00. Radleschen, per Schoß 0,60-0,70.
 Salat, per Schoß 1,25-2,00. Bohnen (grüne), per 100 Pfd. 4-6. Schoten
 hüfje, per 100 Pfd. 10-20. Pfefferlinge per 100 Pfd. 20-30. Kohlraben
 per Schoß 2,50-3,00. Blumentohl der Wandel 1,00-2,00. Wirsingtohl
 per Wandel 1,00-1,50. Koffohl per Wandel 2-3. Weiffohl per Wandel 2-3.
 Steinpilze per Pfd. 0,00. Gurken, Herbst-, Schoß 2,25-3,00, do. Einlege-
 Schoß 2,00-2,50. Kohlraben, Wandel 1,00-1,25. Johannisbeeren, hüfje
 weife, per 100 Pfd. 6-8, do. rote 8-10. Birnen, italienische, per
 100 Pfd. 14-20, schleifliche 10-20, Tröler 21-23. Äpfel, ungar.,
 per 100 Pfd. 16-18, italienische 12-18. Stachelbeeren per 100 Pfd.
 8-12. Kirchen, Ital., 100 Pfd. 0,00. Raiten, Herbstliche 15-20.
 Herbstliche Glas-, 15-17. Raiten 10-30, do. lauzere 9-17. Schleifliche
 6-16, Kumpfer 18-20. Himbeeren, Herbstliche per 100 Pfd.
 22-35. Blaubeeren per 100 Pfd. 10-12. Erdbeeren, holl. per 100 Pfd.
 00. Garten-, 0,00. Hamburger 25-35, hüfje 15-20. Wald-
 per 100 Pfd. 45-60. Pfannen, Ital. runde dunkel per 100 Pfd. 18-25,
 Ital., lange gelbe per 100 Pfd. 15-20, Ital., runde per 100 Pfd. 15-22.
 Zitronen, Messina, 300 Stüd 11,00-16,00, 360 Stüd 14,00-16,00, 200 Stüd
 7,00-12,00, 430 Stüd, klein 7,00.

Als Vermählte empfehlen sich
Adameit Koch,
 Werkzeugmacher, 595
Frau Auguste,
 verwitwete Kittel geb. Lucke,
 Hebamme.
 Berlin, 18. Juli 1906. Nostizstr. 49.

**Deutscher
 Metallarbeiter-Verband**
 Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
 Den Kollegen zur Nachricht,
 daß unser Mitglied, der Dreher
Paul Brandt
 gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 22. Juli, nach-
 mittags 5 Uhr, von der Leichen-
 halle des Dankes-Richtbotes in
 Reimtsdorf-Berlin aus statt.
 Kege Beteiligung erwartet
 122/18 Die Ortsverwaltung.

Für die herzliche Teilnahme bei der
 Beerdigung unserer lieben Mutter
Justine Kaste
 sagen wir allen, insbesondere dem
 153. Bezirk, unseren innigsten Dank.
 18082 **Frau Wötcher.**

Dankfagung.
 Hiermit sage allen Freunden, Be-
 kannten, Kollegen und dem Handels-
 und Transportarbeiter-Verband für
 Beteiligung und Kranzpenden bei
 dem Begräbnis meines lieben Bruders
Hermann Hirsch meinen herz-
 lichsten Dank. 586
Max Hirsch.

Dankfagung.
 Für die herzliche Teilnahme und
 Kranzpende bei der Beerdigung
 meiner lieben Frau sagen wir allen
 Freunden, Bekannten und Kollegen
 unseren innigsten Dank. 785
H. Klimpel.

Dankfagung.
 Unseren tiefgefühlten Dank für die
 vielen Beweise herzlicher Teilnahme
 bei der Beerdigung meines lieben
 Vaters, unseres guten Vaters, des
 Gastwirts
Georg Renfer
 sprechen wir allen Bekannten und
 Freunden aus, insbesondere den
 Genossen des 4. Wahlkreises, der Ge-
 sangvereine „Vederlust II“, „Har-
 monie Ost“ und deren Frauen sowie
 dem Verbande der freien Gast- und
 Schenkwirts Deutschlands und dem
 Verbande der Bäcker- und Kranzweil-
 arbeiter und Arbeiterinnen Deutsch-
 lands. 1106
 Die trauernden Hinterbliebenen.

**Meine
 homöopathische Poliklinik**
 wird jetzt wöchentlich (außer
 Donnerstag) abends 7-8 Uhr
 Oranienburgerstraße 55 ab-
 gehalten.
Dr. Schaper,
 homöop. Arzt, Spezialarzt für
 Haut- u. Hautleiden, Frauen-
 krankheiten.

Dr. Simmel, Prinzen-
 Str. 41,
 Spezialarzt für 13715
Haut- und Hautleiden.
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Verlag Max Richter Berlin W. 30,
 Spayorstr. 27.
 Über 3000 Exempl. verkauft
Die Harnleiden
 Ihre Gefahren, Verhütung und
 Beseitigung von
Dr. med. Schaper,
 BERLIN — Preis 1 Mark.

Deutsche erstklassige Roland-Fahrräder,
 Motorräder, Näh-, Landw., Sprech-
 und Schreibmaschinen auf Wunsch auf Teil-
 zahlung. Anzahlung bei Fahrrädern
 20-40 Mk. Abzahlung 7-10 Mk. monatl.
 Bei Barzahlung liefern Fahrräder schon
 von 36 Mk. an. Fahrradzubehör sehr
 billig. Katalog kostenlos.
Roland-Maschinen-Gesellschaft
 in Cöln 148.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Zahlstelle Berlin.
 Montag, den 23. Juli, abends von 6-9 Uhr:

Abstimmung

über die Beitragserhöhung

in folgenden Lokalen:

Habel, Bergmannstr. 5-7.
 Bareinz, Brandenburger Ufer 6.
 Donath, Schönleinstr. 6.
 Möhring, Admiralsstr. 18c.
 Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15,
 Saal 1.
 Krumbein, Etalierstr. 22.
 Muß, Manteuffelstr. 95.
 Reichenberger Hallen, Reichenberger-
 straße 147.
 Stechert, Andreasstr. 21.

Litten, Remelerstr. 67.
 Wildner, Friedrichsberg, Friedrichs-
 bergstr. 11.
 Mann, Stranöbergerstr. 3.
 Mantshke, Blumenstr. 38.
 Wohlfahrt, Rosenthalerstr. 57.
 Maas, Brunnenstr. 96.
 Berolina-Säle, Schönhäuser Allee 28.
 Swinemünder Gesellschaftshaus,
 Swinemünderstr. 42.
 Milbrodt, Müllerstr. 7.
 Nagel, Pattinistr. 10.

Die Stimmzettel werden am Sonnabend in den Zahlstellen und am Montag in den
 Wahllokalen ausgegeben. Jeder Kollege muß zur Abstimmung selbst erscheinen und kann in
 dem Lokal wählen, welches für ihn am bequemsten zu erreichen ist. 89/12*
 Mitgliedsbuch legitimiert!
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Kolonie Röntgenhöhe
 Stat. Buch, Röntgenstr., Bever-
 nia, gesunde hohe Lage, idyll. Um-
 gebung, große Zukunft, Landparz.
 nach bill. p. W. 10.00 Rute an.
 Verkäufer auf dem Terrain, Ausf. erteilt
 Hohenberg, N. 28, Ramlersstr. 38. *

Planino-Harm. 100 R., b. 5, Sonnt. 2;
 Epith. 1. Gerichtstr. 32, Dittlich.
**Rixdorf,
 Gswald Scholz,** Bergstraße 141.
 Kravatten, Handtücher, Wäsche,
 Regenschirme, Spagierstöcke.
 Schirmreparaturen und Bezüge.

Trinkt **Brand's Brause**
 alkoholfrei wohlschmeckend

Grundmann, praktischer
 Naturheilkundiger
 Naturärztliche Heilanstalt
 „Hackescher Hof“
 jetzt **Kurhaus,** Rosenthalerstr. 40.
 Sprechst. für Kranke jeder Art tägl. 11-2, 6-8, Sonntags 10-12

Auf Teilzahlung!!! Wöchentlich nur 1 Mk.
 Große Auswahl in Herren- und Damen-Uhren,
 Standuhren, Freischwinger, Regulature, Broschen,
 Ringe, Ketten, Stücke, echte Menzenhauer Zithern, Phono-
 graphen, Plattensprechmaschinen, Polyphons, Harmoni-
 kas, Mandolinen, Geigen etc.
 Verkauf von Platten, echten Edison- u. prima 1 Mk.-Walzen.
Juhre & König, Warschauerstr. 72
 und Reinickendorferstraße 101.

Lebenverdienst,
 Iohnenden und dauernden, können sich **Kassierer u. Vertranens-
 leute** auf leichte Art durch Vermittlung von Feuerversicherungen
 erwerben. Offerten unter R. 5 an die Expedition dieser Zeitung. 17922

1361L* 

Teppichhaus
Lefèvre
 Berlin, Oranienstr. 158
 Erstes Spezialhaus Berlin
 für Innendekoration.
 Teppiche, Portieren,
 Tischdecken, Gardinen,
 Stores, Gobelins etc.
 Mein neuer, soeben
 erschienen
Pracht-Katalog
 mit
 etwa 600 Abbildungen
 in künstlerischer Ausstattung
 auf Wunsch gratis u. franko.

Otto Bredow, Rixdorf,
 Hermannstr. 56.
 Wollwaren, Strümpfe, Trikotagen,
 Putz- und Modewaren. *

Kredit!
 Monatlich 10 Mark
 liefert elegante Anzüge u. Vaterstos
 nach Maß.
 X Per Kasse allerbilligste Beife. X
J. Tomporowski, Scholdormeister,
 Berlin, Prinzenstr. 55, 1. Etage.

Fahrräder
 3 Jahre Gar., 45 M.
 Famil.-Nähmasch.
 5 Jahre Gar., 27 M.
 Laufdecken, 1 jähr.
 Garant., Qual. 2,90.
 Luftschläuche 2,90
 bis u. allerb. Qual.
 Vertreter meiner
 Fabrikate erhalten
 neues Motorrad für
 ermäßigten Preis. **Scholz, Fahr-
 radw.,** Steinau a. O. W. 44/45.

Möbel
Polsterwaren
 Sofas, Matratzen, Garnituren,
 Bettstellen. 312V*
Gtto Dornbusch, Tapetier und
 Dekorateur.
 47 Bergstraße 47.
 Polsterwaren n. aus eigener Werkstatt

Roh-Tabak
 Rein amerikanisches
 Lager I. best. Misch.
 a Pfd. 60 Pf.
W. Herm. Müller,
 Berlin, Magazinstr. 14.

Zigarrengeschäft in bester Lage mit
 aller Stammsand-
 schaft, gute Erzeugnisse, frantkeits-
 halber zu verkaufen. Zur Ueber-
 nahme sind circa 3000 R. erforderlich.
 Selbstredenden bitten um Abreise
 unter Gürtel W. 5 an die Exp. d. Bl.

Grosse Betten 12 Mk.
 (Oberbett, Unterbett, 2 Kissen)
 mit doppelgeringsten neuen Stoff-
 lebern, beste Betten 15, 18, 24 Pfd.,
 1/2 jäh. Betten 15, 20, 25, 30, 35 Pfd.
 usw. Versand geg. Nachnahme. Preis-
 liste, Proben, Verpackung kostenfrei.
Gustav Lustig, Berlin S.,
 Prinsenzstr. 69
 Größte Spezial-Geschäft Teutlich.

Hygienische
 Bedarfartikel. Neues Katalog
 enthält viel Aermte u. Prof. grad. u. f.
 H. Unger. Kommodorenfabrik
 Berlin W. Friedrichstraße 91/92.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, 24. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Koller, Koppenstr. 29:
Ordentliche Mitglieder-Versammlung.

- Tages-Ordnung:
1. Vorstandsbericht: a) Allgemeines, b) Stappenbericht.
2. Bericht aus den Kommissionen.
3. Wahl eines Berichters.
4. Beratung und Beschlussfassung über die an den Vorstand gelangten Anträge.
5. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

Stukkateure!

Montag, den 23. Juli, abends pünktlich 8 Uhr, bei Franké, Sebastianstraße 39:

General-Versammlung der Filiale Berlin.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung. 2. Abstimmung über die im Fachblatt Nr. 27 bekannt gegebenen Anträge. 3. Was empfiehlt die Organisation zur dringenden Beschleunigung der vorliegenden großen Arbeiten? 4. Die Firma Nabring u. Gessler und das Verhalten des Kollegen Anton Leuthold dorthin. 5. Bericht und Stellungnahme zu den Verhandlungen mit der Sektion der Gipps- und Zementbranche (Nabring u. Gessler).

Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt!

Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Zentral-Wahlverein Potsdam-Spandau-Osthavelland.

Samstag, den 26. August, vormittags 11 1/2 Uhr, im Schützenhause
zu Nauen:

General-Versammlung.

- Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Diskussion und Anträge. 3. Parteitag.
Referent: Dr. Karl Liebknecht. 4. Provinzkonferenz, Referent,
Schmidt-Bellen. 5. Wahlen. 6. Verschiedenes.
Anträge sind dem Untergeschriebten einzureichen.
222/12*

N. A.: Aug. Paris, Vorsitzender, Bellen i. B.

Sozialdemokratischer Wahlverein Schöneberg.

Dienstag, den 24. Juli 1906, abends 8 1/2 Uhr, bei Dörfl,
Weiningerstraße 8:

General-Versammlung.

- Tages-Ordnung:
1. „Rösa und Jena“. Referent: Genosse R. Küter. 2. Bericht von der
Kreis-Generalversammlung. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Die Parteigenossen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. — Die
Mitgliedsbücher sind vorzulegen.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Rummelsburg.

Dienstag, den 21. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Saale der Witte
Weigel, Türschmidtstr. 15:

Mitglieder-Versammlung

- Tages-Ordnung:
1. „Deutschland und die russische Revolution“. Referent: Genosse
Maurenbrocher. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Kreis-Generalversammlung.
4. Diskussion. 5. Vereinsangelegenheiten.
Gäste willkommen.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein, Bezirk Weißensee.

Dienstag, den 21. Juli, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung bei Storzevski, „Vereinshaus“, Charlottenburgerstr. 150.

- Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes, des Kassierers, des Wahl- sowie des Ber-
gungskomitees. 2. Erziehung zum Vorstand, zur Zeitung und Lokal-
kommission. 3. Vereinsangelegenheiten.
Eintritt nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches gestattet.
19/8 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Saupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV 9679,
Arbeitsnachweis, Zimmer 34. Amt IV 3353.

Achtung! Gürtler! Achtung!

Montag, den 23. Juli 1906, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung der Gürtler und Berufskollegen

- im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (großer Saal).
Tages-Ordnung:
1. „Aus dem Reich des Barons“. Referent: Herr Engel-
bert Graf. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Rege Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Verband der handgewerblichen Hilfsarbeiter

Deutschlands. (Zweigverein Berlin und Umgegend.)

Sektion der Töpferträger.

Montag, den 23. Juli, abends 7 1/2 Uhr:
Außerordentliche

Mitglieder-Versammlung.

im Rosenthaler Vereinshause.
Tagesordnung: 1. Die in letzter Versammlung gestellten Anträge.
2. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Töpferträger ist Pflicht.
35/12 Der Bezirksvereinsvorstand.

Verband der Kürschner Berlins und Umgegend.

Geschäftsstelle u. Arbeitsnachweis: fecht Glockenstr. 5. — Tel.: Amt 7 Nr. 318.
Mittwoch, den 25. Juli 1906, abends 8 Uhr, im „Alten
Schützenhause“, Linienstr. 5:

General-Versammlung.

- Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom II. Quartal 06, XI. Jahrgang. 2. Vortrag
des Genossen S. Katzenstein über: „Welchen Wert hat die
Konsumgenossenschaft für die Arbeiterklasse?“ 3. Diskussion. 4. Ge-
werkschaftliches und Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert. 102/17
Um zahlreiches Erscheinen ersucht.
Der Vorstand.

Responsible Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Bureau: Lindenstraße 215. Öffnet von 8-11 u. 4-8 Uhr. Teleph. Amt 3, 938.
Zahlstelle Berlin.

Achtung! Gummiarbeiter! Achtung!

Dienstag, den 24. Juli 1906, abends 8 Uhr,
in den Musikerpäulen, Kaiser Wilhelmstr. 18 m:

Oeffentliche Versammlung der Gummiarbeiter Berlins und der Umgegend.

- Tages-Ordnung:
1. Der Streik der Gummiarbeiter bei Schwantiz,
Gr. Lichterfelde. Referent: E. Brand. 2. Diskussion.
Gummiarbeiter und Arbeiterinnen! Erscheint alle einmütig in
dieser Versammlung. Klarer als je tritt das Bestreben der Unternehmer in
der Gummiindustrie hervor, die vorliegende Angelegenheit als Nachfrage
zu stempeln, die Organisation, ihre Organisation, niederzufüteln. Erscheint
in Massen, zeigt durch demokratischen Gehalt, daß Ihr nicht gewillt seid, das
so mühsam Aufgebaute durch Unternehmervöllerei rauben zu lassen. Jeder
es mit seiner Ehre ernstnehmende Gummiarbeiter erscheine daher in dieser
Versammlung. (64/17) Die Mitglieder erwarten.
Der Vorstand.

Fachverein der Tischler Berlins und Umgegend.

Mittwoch, 25. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Zöls, Köpenickerstr. 137/38:

General-Versammlung.

- Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes und des Kassierers. 2. Erziehung zum Vor-
stand. 3. Diskussion über den Bericht der 3. Konferenz und des
7. Kongresses. 4. Vereinsangelegenheiten. 5. Verschiedenes.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Mitgliedsbuch legitimiert. 186/10*
Das Erscheinen aller Mitglieder erwartet.
Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Freiheit“ (Sitz Berlin. Geschäftsstelle NO. 43, Welstr. 3 I.)

1. Kreis. Bezirk I. Stadtkreis Berlin.

Bezirksversammlung (Bezirk Berlin)

in Granmauns-Bekäsen, Nauenstr. 27.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung, ersuche ich alle zum Bezirk
gehörenden Bundesvereine pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
13/10 Franz Greub, Bezirksleiter.

Charlottenburg. Vereinigte Maurergesellen- Kranken- u. Sterbekasse E.H. 89.

Sonntag, den 29. Juli 1906,
vormittags 10 Uhr,
im Volkshause, Rosenthalerstr. 3
(Nehms Zimmer):

General-Versammlung.

- Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom I. Halbjahr.
2. Kassensachen.
Um zahlreiches Besuch bitten.
Der Vorstand.

Krankenkasse der Hutmachergesellen zu Berlin (E. H. 67).

Dienstag, den 24. Juli 1906,
abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung bei H. Feind, Weinstr. 11.

- Tages-Ordnung:
1. Kasierbericht.
2. Wahl des Ausschusses.
3. Wahl der Rechenkontrollanten.
4. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen der Mit-
glieder ergeht die Bitte. 285/4
Der Vorstand: O. Tschopp.

Kranken- und Sterbekasse für Schöneberg und Berlin (E. H. Nr. 115).

Sonntag, den 29. Juli, vormittags
10 Uhr, im Saale des Herrn E. Ost,
Weiningerstr. 8:

General-Versammlung.

- Tages-Ordnung:
1. Halbjährlicher Kasierbericht.
2. Verschiedene Kassensachen.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Um pünktliches Erscheinen ersucht.
Der Vorstand.

100%

werden Sie beim Einkauf Ihrer
Zigaretten und Zigarren:
4 Pk. 1000 St. 20 St. 300 St. 7 St.
5 - 1000 - 25 - 300 - 9 -
6 - 1000 - 30 - 300 - 11 -
7 - 1000 - 40 - 300 - 14 -
8 - 1000 - 50 - 300 - 17 -
1 Pkg. - 1000 St. 5 St. 1 St.
2 Pkg. - 1000 - 10 -
Nachnahme. — Preisliste franco.
H. Diek, Zigarettenfabrik Schwep-
nitz i. S., Rammenstr. 216.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Montag, den 23. Juli 1906, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung der Bürsten- und Pinselmacher usw.

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 3).

- Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission vom 2. Quartal 1906. 2. Diskussion.
3. Branchenangelegenheiten.
Die Branchen-Kommission.

Achtung! Bohner! Achtung!

Berlins und Umgegend.
Am Dienstag, den 24. Juli, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause
(Saal 3), Engel-Ufer 15:

Versammlung.

Die Kommission der Bodenleger ist hierzu eingeladen.
Die Kommission.

Bautischler!

Montag, den 23. Juli, abends 8 Uhr, bei Walter, Adalbertstr. 62:

Sitzung der gesamten Kommission.

Der Branchenleiter.

Achtung! Kammacher! Achtung!

Mittwoch, den 25. Juli, abends präzis 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung der Kammacher und aller in der Zelluloid-Haarschmuckbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c.
Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Der sehr wichtigen Tages-Ordnung wegen ist es Ehrenpflicht eines
jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Kommission.

Bilderrahmenmacher

Montag, den 23. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 15:

Versammlung.

- Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kontrollkommission. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Ver-
chiedenes.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.
Der Obmann.

Branche der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Montag, den 23. Juli, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 1):

Branchen-Mitglieder-Versammlung.

- Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen P. M. Grempe über: „Besetzungs-
fragen im Haushalt des Arbeiters“. 2. Branchenangelegenheiten und
Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert!
Zahlreiches Erscheinen erwartet.
Die Branchenkommision.
Zur Beachtung! Von 6 Uhr abends ab werden in demselben
Saale die Stimmzettel zur Uraabstimmung über die Beitrags-
abgabe abgegeben. Wir erwarten, daß sich jeder Musikinstrumentenarbeiter und
jede Arbeiterin, die Mitglied des Verbandes sind, an derselben beteiligen.

Branche der Korbmacher.

Montag, den 23. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 15:

Versammlung.

- Tages-Ordnung:
1. Welche Stellung soll der Gesellen-Ausschuß einnehmen im gegen-
wärtigen Konflikt mit der Innung? 2. Branchenangelegenheiten. 3. Ver-
chiedenes.
Um zahlreiches Besuch bitten.
Die Kommission.

Verband städtischer Arbeiter Filiale Groß-Berlin. Sektion Straßenreiniger.

Montag, den 23. Juli, nachmittags 3 Uhr:

Oeffentl. Versammlung

in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20.

- Tages-Ordnung:
1. Die Lohnbewegung der Hamburger Straßenreiniger und ihre all-
gemeine Bedeutung. Referent: Kollege Wüst. 2. Diskussion. 3. Be-
arbeiterauschuß (Befreiungsfrage: August, Stiefeln).
Kollegen! Es ist Pflicht aller in der Straßenreinigungsbranche be-
schäftigten Personen, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen.
Ehrensache eines jeden ist es, für diese Versammlung zu agitieren, damit es
eine vollständige und unsere Arbeit eine gründliche wird.
Wir appellieren nochmals an Eure Solidarisität, sorgt dafür, daß ein
jeder erscheint.
Mit Gruß.
Die Sektionsleitung. N. A.: H. Müller.

Prima Weißbier

I. Ausstoß

am
Montag, 23. Juli 1906

Bergbrauerei Berlin N., Bergstraße 22.

Telephon-Amt III, 1412. 1502L*

Responsible Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den
Inferatenteil verantwortlich: Th. Gluck, Berlin. Druck u. Verlag: Fortwärts-Druckerei u. Verlagshaus Paul Singer & Co., Berlin SW.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
 Montag, 23. Juli, in der Neuen Welt, Hasenheide 108/114:
Großes Sommerfest bestehend aus **Konzert**,
 Spezialitäten-Vorstellung, Kasperle-Theater u. Kinder-Fackelpolonäse.
 Im Saale: **Großer Ball.**
 Billetts im Vorverkauf **20 Pf.** 240/19*

Arbeiter-Sängerbund
 Berlins und Umgegend.
 Sonntag, 29. Juli, vorm. 11 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain:
Uebungs-Stunde.
 Gefungen werden folgende Lieder: „Mutterherz.“ — „Weihe des Gesanges.“ — „Bruderlied.“ — „Stolz und Mühe.“ — „Menschheit Erwachen.“ — „Nun leb wohl, du kleine Gaffe.“
 Im NebenSaale: **Auschuß-Sitzung.**
 pünktlich 10 Uhr vormittags:
 Tagesordnung: 1. Aufnahme von Vereinen. 2. Bundesangelegenheiten.
 Billetts zum Sängerefest in Friedrichshagen sind bei Emil Karg, Altdorf, Kranoldstr. 6, zu entnehmen.
 16/12 Der Vorstand.

Das **grosse Volksfest**

des sozialdemokratischen Zentral-Wahlvereins für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg findet

heute

in dem idyllisch gelegenen Etablissement „Birkenwäldchen“ zu Steglitz, Schützenstraße, statt. — **Doppelkonzert, Massengesänge, turnerische und sportliche Aufführungen, Spezialitäten-Vorstellungen, Riesen-Feuerwerk, Volks- und Kinderbelustigungen aller Art, Kasperletheater usw.** — Jedes Kind erhält am Eingang zwei Bons, von denen der eine zur Empfangnahme einer Stocklaterne und der andere zur beliebigen Benutzung des Karussells oder der Schaukel berechtigt. — Von 4 Uhr ab: **Großer Fest-Ball.** Beteiligung für Herren **50 Pf.** Kinder frei. **Entree: 25 Pf.**

Schwarzer Adler
 Friedrichsberg Frankfurter Chaussee 5 (früher 120.)
 Stadtbahnstation Frankf. Altes. Inh.: **Gebr. Arnhold.** Fernspr. Friedrichsberg No. 8.

Jeden Sonntag:
Großes Künstler-Konzert und Spezialitäten-Vorstellungen.
 Im Königssaal: **Großer Ball.**
 Jeden Mittwoch: **Willy Walde-Sänger.**
 Jeden Donnerstag: **Elite-Tag. Gr. Militär-Konzert.**

„Schwarzer Adler“ Friedrichsberg Frankfurter Chaussee 5/6.
 Sonntag, den 22. Juli:

Großes Volksfest
 der Parteigenossen Lichtenbergs.
Konzert • Spezialitätenvorstellung • Großes Brillanfeuerwerk
 Fackelpolonäse. Jedes Kind erhält eine Stocklaterne gratis!
 Im großen Saale: **TANZ.**
 Anfang 4 Uhr. Entree 20 Pf.

Warenhaus Hermann Tietz
 LEIPZIGERSTRASSE ALEXANDERPLATZ

Montag, Dienstag, Mittwoch kommen, soweit der Vorrat reicht,

3 Waggon Glas, Porzellan u. Wirtschaftswaren

sehr preiswert zum Verkauf

Wirtschaftsartikel	Porzellan	Glaswaren	Emaile
Waschfässer stark. Zink mit Holzboden 875 1050 1250	Tassen weiss Paar 8 Pf.	Bierbecher mit Goldrand 7 Pf.	Eimer 25 cm grosse Form gran 70 Pf. blau 80 Pf.
Waschzuber stark. Zink mit Holzboden 875 1150 1375	Untertassen einzeln 3 Pf.	Selterbecher mit Goldrand 7 Pf.	Eimer z. dekoriert mit Deckel 175 200
Wäscherollen mit eisernem Gestell 2500 bis 7000	Kaffeekannen gross 45 Pf.	Selterbecher Haiglas, farbig 10 Pf.	Toilette-Eimer weiss mit Korbbengel 300
Wringmaschinen Garantie Qualität 1050 1250	Milchtöpfe 9 Pf. — 12 Pf.	Victoriabecher geschliffen, mit Goldrand 25 Pf.	Wannen oval mit Fuss 85 Pf. 115 130 155 240
Gaskocher oben und unten geschlossen 3 Loch 1-Sam. 2 Loch 2-Sam. 4 Loch 2-Sam. 400 775 925	Zuckerdosen mit Deckel 15 Pf.	Wassergläser gepresst 5 Pf. 6 Pf. 8 Pf.	Casserollen in verschiedenen Grössen und Farben 12 Pf. bis 60 Pf.
Gasplatten z. vernickelt pro Garnitur 500	Speiseteller tief 12 Pf. flach 10 Pf.	Wassergläser geschliffen 18 Pf.	Kaffeekannen in 7 Grössen 25 Pf. bis 65 Pf.
Spirituskocher mit Sparbrenner statt 60 Pf. 35 Pf.	Dessertteller 8 Pf.	Wasserflaschen gross 38 Pf. 45 Pf.	Pfannen rund, mit Stiel 15 Pf. bis 60 Pf.
Waschmaschinen eigenes Modell mit Hebel. Innen Zink 3000	Compotteller 6 Pf.	Sturzflasche mit Glas 15 Pf.	Gemüseschüsseln 6 Grössen 25 Pf. bis 75 Pf.
Petroleumkocher 1-Sam. 125 2-Sam. 200 4-Sam. 425	Compotschüsseln 6 Pf. 10 Pf. 12 Pf.	Sturzflasche mit Glas, geschliffen 48 Pf.	ca. 2500 kg Emaile gangbare Gebrauchsartikel Pfund 30 Pf.
Eismaschinen amerik. System 1 Quart 2 Quart 3 Quart 4 Quart 650 725 850 1000	Salatiären 14 Pf. 18 Pf. 28 Pf.	Likörschalen auf Fuss 10 Pf.	Panzer-Emaile IIa braun, innen grau
Fruchtpressen 95 Pf.	Sauciären 45 Pf.	Sport-Likörkelche mit Goldrand 15 Pf.	Schmortöpfe 25 30 50 60 Pf. bis 100
Blumengitter verstellbar 100 125	Bratenplatten rund 45 Pf.	Citronenpressen 8 Pf.	Wasserkessel 3 Grössen 65 75 85 Pf. bis 125
Blumenkästen für Balkone 70 Pf. bis 150	Bratenplatten oval 25 Pf. 35 Pf. 42 Pf.	Limonadengläser 15 Pf. 35 Pf.	Casserollen 10 Grössen 15 25 35 bis 85 Pf.
Gardinenspanner mit Flansen mit feststehenden Nadeln 1250	Terrinen 40	Limonadenstäbe 5 Pf. 7 Pf. 9 Pf.	Küchengeräthe „Sand, Seife, Soda“ 165 bis 200
Teppichkehrmaschinen statt 1,70 675	Ragoutschüsseln 85 Pf.	Milchsatten 7 Pf. 12 Pf.	Kessel zum Einkochen von Früchten 45 Pf. bis 200
	Tassen mit Goldrand Paar 20 Pf. 25 Pf.	Milchgläser auf Fuss 22 Pf.	
	Tassen dekoriert Paar 18 Pf. 22 Pf.	Weissbieregläser klein 20 Pf. gross 30 Pf.	
	Dessertteller bunt 22 Pf. 35 Pf.		
	Kuchenteller gross 45 Pf. 65 Pf.		

Ein grosser Posten **Damen-Glacéleder-Gürtel** 1⁷⁵ 2⁰⁰ 2²⁵ 2⁵⁰ 3⁰⁰ 3⁵⁰
 moderne Farben und neueste Façons früherer Wert bis 3⁰⁰ 3⁵⁰ 4⁰⁰ 5⁰⁰ 5⁵⁰ 6⁰⁰



Köstlichen feinen Duft, lieblichen doch vollsaftigen Geschmack, gehaltvolles, reiches Aroma, trotzdem milde Qualität, eine Befriedigung stets vollkommen - das sind die Eigenschaften, welche

JOSETTI CIGARETTEN

dem Raucher bieten.

Bei der Herstellung von Josetti-Cigaretten werden mustergiltige Mischungen, welche die Qualitäts-Eigentümlichkeiten ausgesuchter feiner türkischer Tabake besitzen, verwendet. Cigaretten „gerade so gut“ kosten zweimal so viel.

Josetti

Josetti-Juno 10 St. 20 Pfg.
Josetti-Griseldis 10 St. 30 Pfg.

Achtung! Arbeiter, Parteigenossen! Achtung!

Berliner

Schneiderei-Genossenschaft

G. m. b. H.

(Gegr. von organisierten Schneidergehülften Berlins)

Brunnenstr. 185, im Laden,
zwischen Rosenthaler Tor und Invalidenstrasse,
empfiehlt sich den werten Arbeitern und Parteigenossen zur
Anfertigung von
feinerer Herren-Garderobe.

Großes Lager fertiger Herren- und Knaben-Anzüge,
Sommer-Paletots und Arbeiter-Berufskleidung.

Verkauft nur gegen bar! — Streng feste Preise!

Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in eigenen Werkstätten unter den von der Organisation festgesetzten Lohnbedingungen.

Um geneigten Zuspruch bittend, zeichnet
Richtungswort

„Hoffnung“
Berliner Schneiderei-Genossenschaft
Lieferant des Berliner Konsum-Vereins und der
Konsum-Genossenschaft Berlins und Umgegend.

S. Kaliski's
Spezialgeschäft
Abt. für Nähmaschinen und
Werkstatt

Brunnenstr. 16

2. Invalidenstr. 160
3. Brunnenstr. 92
4. Reinickendorferstr. 5
5. Frankfurterstr. 115
6. Oranienstr. 31
7. Belle-Alliancestr. 107
8. Tauenzienstr. 7a
9. Beusselstr. 18.

Näh- und Stickunterricht.
Vertreter kommt auf Wunsch.
Teilzahlung gestattet, bei grösseren Raten Kassap.

Neu versenkbar, Singer R. 100.00
Central-Bobbin 165.00
Bei Barzahlung hoher Rabatt.

für Kinder 7-80.00
Erwachsene 8-100.00
auch mit Betten.

Jedes Jenensia-Rad
ein Meisterwerk deutscher Technik.

Teilzahlung! Zwei Jahre Garantie!

Sozial-Räder ab 65.—, Sozial-Luxus- mit 100.—,
Gebrauchte Räder billig! Bitte genau auf Hausnummer „23“ zu achten.

23, R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

Gesund, nahrhaft u. billig
alkoholfreies Erfrischungs-Getränk

Goldblondchen

ausgezeichnet mit Ehrenpreis
u. goldenen Medaillen

Pat. eingetr. Schutzmarke N° 50734
Man achte auf das Etikett u. Marken
General-Vertreter: Ernst Krüger, Berlin N.O. Höchststr. 23.
Tel. VII. N° 4703

Kaufe bei Blitz

Herren- und Knaben-Konfektion.

Nur im Juli kommen bei uns zu jedem annehmbaren Preise zum Verkauf die elegantesten

Herren-Anzüge, Kavalier . . von **6 90** M. an
Burschen-Anzüge, hochelegant von **4 35** M. an
Kinder-Anzüge, Tip-Top . . von **1 95** M. an
Herren-Hosen, Maß-Ersatz . . von **1 80** M. an

um für die in Unmengen angekauften Wintersachen genügend Platz zu bekommen. 130/5*

Achtung! 3 Geschäfte **Blitz** Achtung! 3 Geschäfte

9 Rosenthaler Straße
Ecke August-Straße.

80 Chaussee-Straße

137 Große Frankfurterstr.
zwischen Koppen- u. Fruchtstr.
Chonés Industrie-Palast **137**

Zahn-Klinik. Preise beteiligte Teilzahlung. Invalidenstraße 145.
Olga Jacobson,

Hygien. Bedarfsartikel
-Illustr. Preisl. frei.
Gustav Engel, Berlin 172.
Potsdamer Straße 131.

Filiale Chausseestraße 54 ist aufgelöst.

Anzüge Paletots nach Maß

24, 30 und 38 Mark

Unter Garantie des tadellosen Sitzes bei peinlichst gewissenhafter Anprobe liefere ich von prima modernen Stoffresten Anzüge u. Paletots nach Maß nur zu obigen Preisen.

Keinen Zwang zur Abnahme bei nicht passendem Sitzen. 294/1*

Sonnenscheins Herren-Moden nach Maß.
Nur Linden-Straße Nr. 95, I, neben der Markthalle.
Filiale Chausseestraße 54 ist aufgelöst.

Telephon Amt IV 5797

Reichel's Fruchtsyrup-Extrakte
das volle Aroma frischer Früchte enthaltend, in
Himbeer, Kirsch, Erdbeer, Zitronen, Johannisbeer,
Ananas, Apfelsinen, Lemon Squash, Limetta etc.
Eine Flasche für 75 Pf. gibt 5 Pfd. Limonadesyrup,
dessen reiner natürlicher Fruchtgeschmack und Billigkeit überaus
schätzbar zu Brause- u. anderen Limonaden sowie als Frucht-
saft zu Puddings, Speisen etc. — Zum Versuch 1/2 Fl. 40 Pf.

Reichels Bier-Extrakte mit bestem Hopfen und Malz
zur einfachen und billigen Bierherstellung im eigenen Haushalte.
1 Original-Flasche für 25 Liter Braumbier und je 12 1/2 Ltr.
Weißbier, Weizenbier und Malzbier 50 Pf.; Doppel-
Malzbier und Doppel-Weißbier a Fl. 75 Pf.

Otto Reichel, Berlin SO., Eisenbahnstraße No. 4.
Größte Spezialfabrik Deutschlands.
„Die Destillierung im Haushalt“. Wertvolles Rezeptbuch zur Selbstbereitung sämtl. Liköre, Cognac, Rum etc. **Gratis!**
Niederlagen in den durch Schilder kenntlichen Drogenien etc., wo nicht erhältlich, Versand ab Fabrik.
Man verlange ausdrücklich **Sichtherz** denn diese sind altbewährt
Reichel-Essenzen mit dem **Sichtherz** und allein echt!

Kein Rauch! • Kein Ruß! • Kein Koptweh!

Spiritus-Bügeleisen

für Haushalt, Plättstube, Schneider-Werkstatt

in allen Größen, Formen, Preislagen von M. 6,— an.

Reise-Bügeleisen (Gewicht 1,4 kg) in elegantem Etui. Jederzeit überall und ununterbrochen gebrauchsfähig.

Centrale für Spiritus-Verwertung G. m. b. H.
Ausstellung und Verkaufsort:
Friedrichstr. 96 Berlin NW. 7 Friedrichstr. 96
gegenüb. d. Central-Hotel Berlin NW. 7 gegenüb. d. Central-Hotel

Man verlange unsere illustrierte Preisliste.

Wer — Stoff — hat
fertige Anzüge nach Maß 20 Wr. Tabellorier Eig. haltbare Futterfächer. Bei Stofflieferung billige Preise.
Franke, Adlerstraße 143, 1632L.* Ecke Invalidenstrasse.

Galvanophone

direkt aus der Fabrik viel billiger und besser als im Laden!
Rothenburg Berlin C.
Prenzlauerstr. 42 II Hof

Deutsche Bierbrauerei A.-G.
(Gesamtabsatz 1904/05 unserer Interessengemeinschaft 415114 Hektoliter)
empfiehlt ihre aus bestem Malz und Hopfen hergestellten Biere 819L.*
in Fässern und Flaschen.

Adresse für Fassbier: **Alt Moabit 60.**
Telephon: Amt II, 1615 u. 1616.

Adresse für Flaschenbier: **Kaiserin Augusta-Allee 15/16.**
Telephon: Amt II, 3066.

